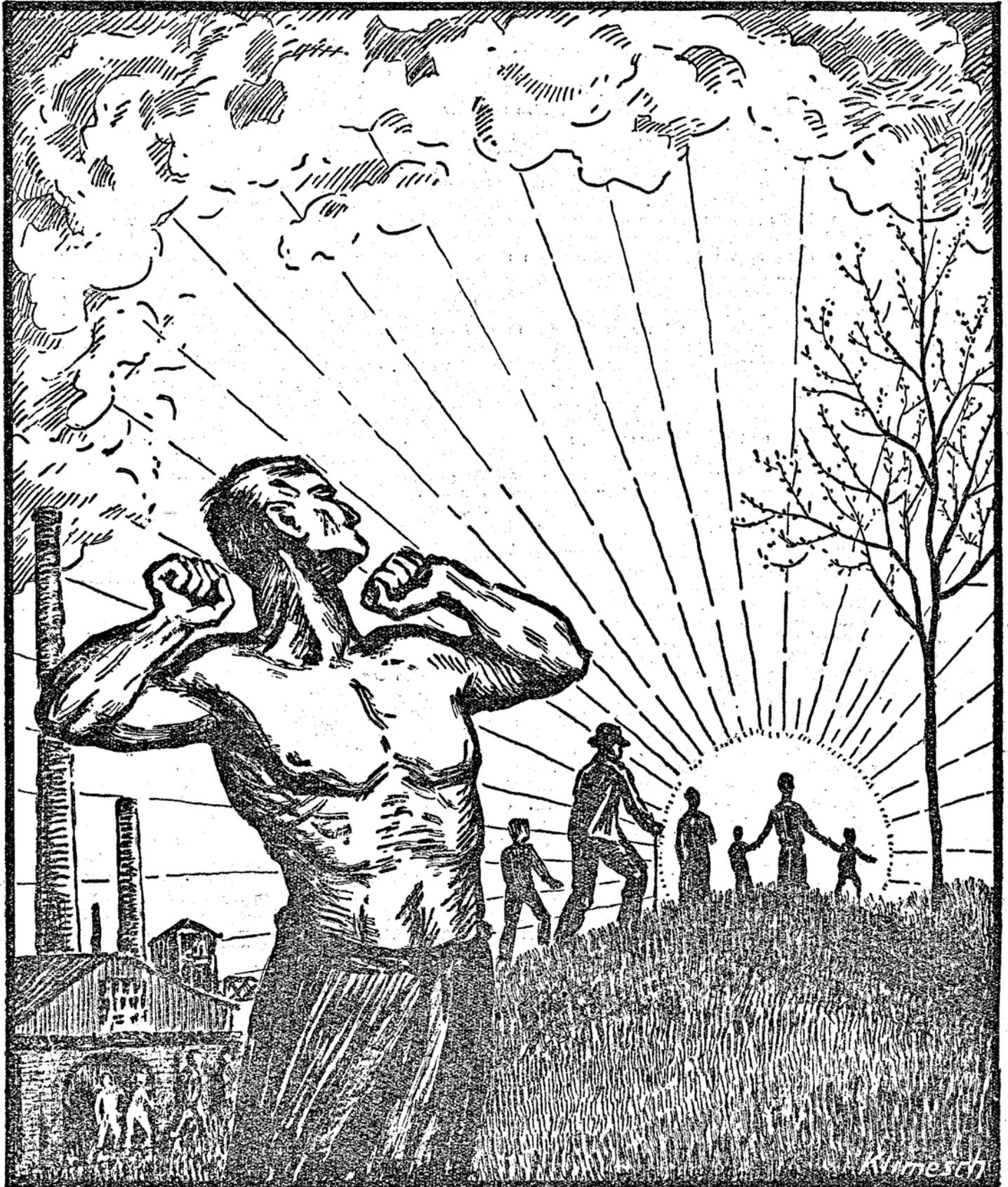


Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



Jeder bringt uns die Natur ihre reichen Gaben. Alles sproßt und grünt. Aus den Knospen werden Blätter und schon beginnt das große Blühen in der Natur, das uns die nachfolgenden Monate beschert. Aber haben wir Großstädter wohl noch die Möglichkeit, aus der Enge unserer Kafernen-Hofwohnungen, aus den Gasfabriken und Werkstätten uns der Natur zu erfreuen? Jawohl, auch der großstädtische Arbeiter nimmt wieder in stärkerem Maße Anteil am Grünen und Sprießen in der Natur. Ungeheuer groß ist die Zahl der Großstadtkollegen, die irgendwo ein kleines fleckchen Grünes, sei es als Pachtland, sei es als Eigentum erstanden haben, um wieder die Verbindung mit der Natur zu gewinnen. Und sie haben viel gewonnen! Sie sind der Natur näher gerückt, erleben nun wieder wie in ihren Kindheitstagen alles einzelne und sie beginnen optimistischer zu werden. Optimistischer, das heißt, lebensfreudiger und hoffnungsfroh. Gewiß, man kann sa-en, in dieser Zeit, da mehr denn zwei Millionen Menschen brach liegen und da weite Freie unserer Kollegenschaft, sei es mittelbar oder unmittelbar, von unserer Zeitkrankheit, der Arbeitslosigkeit, erfaßt werden, ist es überaus schwer, hoffnungsfroh zu sein. Und doch lehrt uns die Geschichte, daß neben dem eisernen Willen der einzelnen Menschen und neben dem Massenwillen, der sich von Zeit zu Zeit explosiv in Revolution in März- und Frühlingstagen in den Staatengebilden aller Länder und Zeiten zeigt, der starke Optimismus, der Glaube an eine Zukunft die unbedingte Voraussetzung jeglichen Kampfes ist. Deswegen kann auch der freie Gewerkschafter auf eine solche osterfreudige Zuversicht nicht verzichten. Ein paar festtage sind uns gegeben und wir wollen sie gut nützen! Gut nützen nicht nur für die eigene Person oder für die familie, sondern auch zur inneren Einkehr! Wir müssen in diesen Ostertagen 1927 klar erkennen, daß die Kraft der Arbeiterklasse sich im letzten Jahrzehnt trotz aller reaktionären Hemmungen gewaltig gemehrt hat. Aber noch ist diese nicht stark genug, um die „Zeitkrankheiten“ zu überwinden. Diese Zeitkrankheiten liegen im System unserer unregelmäßigen Produktion begründet und in der damit verbundenen Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit. Gewiß, die Gemeinde- und Staatsarbeiter werden wesentlich weniger davon betroffen als die Arbeiter in der Privatindustrie. Aber eine Rückwirkung ist unverkennbar! Auch wir müssen dauernd kampfbereit sein, um den einmal errungenen Achtstundentag zu halten und um ihn dort zur Durchführung zu bringen, wo er, wie in Ostpreußen usw., uns verloren ging. Die Wechselwirkung von der Privatindustrie zu den öffentlich-rechtlichen Betrieben und Verwaltungen tritt so offenkundig in Erscheinung. Es soll niemand sagen, der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigt ist, sei es als Bramter, Angestellter, Handwerker oder ungernter Arbeiter, ihn kümmern die „Wirtschaftskonjunktur“ nicht; er sei davon unabhängig. O nein, wir alle haben ein lebhaftes Interesse daran, daß die gesamte Wirtschaft, nicht nur Deutschlands, sozialisiert wird, ja, daß wir ein sozialistisches Wirtschaftssystem bekommen, in dem jeder zu seinem Teil Arbeitsverpflichtungen auf sich nimmt und jedem daraus weitgehende Bürger- und Volksrechte gewährleistet werden.

Wir Gemeinde- und Staatsarbeiter leisten auf diesem Gebiete planmäßige Pionierarbeit. Wenn unser Verband gegenwärtig in einer Zeit des Sprießens und der Osterentwicklung begriffen ist, wie es in unserer Mitgliederziffer, in unseren Finanzen und unserer Weiterausbreitung zum Ausdruck kommt, so dürfen wir die Geduld nicht verlieren und meinen, nun müßte schon sofort überall die Ernte eingebracht werden. Wir sind noch in der Zeit des Säens, des Unkrautausjärens und des Teilerfolges, während unsere Blütezeit und die Zeit, da der reiche Erntesegen eingebracht werden soll, ganz bestimmt noch vor uns liegt. Viel stärker noch müssen wir werden in allem. Vor allen Dingen muß noch ganz anders die innere Geschlossenheit betont und herausgearbeitet werden in unserm Verband. Auch hierzu haben wir neue Anlässe mit unsern Bildungsbestrebungen, die eine gute Entwicklung verheißen. Alle unsere Mitglieder haben erkannt, daß sie sich als einzelne nicht helfen können, sondern daß der gemeinsame Zusammenschluß erst die Quellen erschließt, die zu unserm wirtschaftlichen Aufstieg erforderlich sind. Aber die gemeinsame Entwicklungslinie kann sich nicht nur auf die materielle Seite beziehen, auf den wirtschaftlichen Aufstieg, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht nur auf den sozialen Aufstieg, Verkürzung der Arbeitszeit, größere Sicherheit, sondern wir müssen in diesen Tagen, da wir eine schöpferische Besinnungspause einschalten können, uns unserer Aufgabe und Verantwortung bewußt sein: Wir kämpfen in den freien Gewerkschaften für den Menschlichkeitsgedanken, für eine höhere Kultur!

Wenn jetzt Bürgerkrieg und kriegerische Auseinandersetzungen in Ostasien seit Monaten toben, so erleben wir daraus, daß unsere Friedensforderungen noch nicht auf dem ganzen Erdball voll erkannt sind und daß unser Beltreiben sich noch ganz anders erweitern muß. freilich trifft das auch für Deutschland und die übrigen europäischen Staaten zu. Trotz des fürchterlichen Erlebnisses von fast fünf Kriegsjahren ist der Menschheit zu einem erheblichen Teil noch immer nicht recht zur Besinnung gekommen, was geschehen ist. Stark machen sich Reaktion und militärische Beltreibungen bemerkbar. Die Arbeiterchaft ist obendrein innerlich noch weit entfernt von einheitlichem Vorgehen und einheitlichen Kampfmethoden. Oft mag es daran liegen, daß der Erlebens- und Erfahrungskreis des einzelnen gar so verschieden ist. Oft spielen Charakter, Temperament und andere Dinge in der Entwicklung des einzelnen eine große Rolle und wirken so auf seine politische Einstellung und Weltanschauung. Da möchten wir in dieen Ostertagen erneut daran erinnern, daß nur die geeinte Kraft des Proletariats die ungeheuren Schwierigkeiten überwinden kann, die in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Jetztzeit gegeben sind. Das deutsche Parlament, der Reichstag, versagt gegenüber allen gewerkschaftlichen Forderungen. Nicht die klare Linie der Wiedereinführung des gesetzlichen Achtstundentages wird beschritten, sondern man trägt dem Unternehmerstandpunkt fast auf der ganzen Linie Rechnung und beläßt die große Reservearmee der Erwerbslosen. Keine Erwerbslosenunterstützung kann an der Ungeheuerlichkeit des jetzigen Zustandes in volkswirtschaftlicher Beziehung etwas ändern: Auf der einen Seite lange Arbeitszeit, Ueberstundenwirtschaft, Mißbrauch mit menschlicher Arbeitskraft, auf der andern Seite Millionen brachliegender Arbeitskräfte, zur Untätigkeit verdammt! Das ist ein Osterbild, das wahrlich nicht nach Auferstehung und Erneuerung ausieht. Aber wir sehen Keime einer besseren Zukunft, ein Grünes und Sprießen in unseren gewerkschaftlichen Organisationen. Wir sehen den festen Willen der Millionen freigewerkschaftlich Organisierter in allen Ländern Europas, die entschlossen sind, im Kampfe nicht zu erlahmen, um dem Ostergedanken für die Zukunft den Weg zu bereiten. Die Menschheit will erlöst sein, will auferstehen aus den Winterbanden des Kapitalismus, in dem sie heute noch geknebelt und geknechtet wird. Wir müssen noch stärker rütteln an den fesseln, wir müssen sie brechen. Wie in der Natur scheinbar über Nacht alles herausbricht zu knospendem Grün, was solange verborgen schon sproßte, so wird auch die Menschheit, wenn alle Kräfte angespannt sind, erringen die Menschheitsauferstehung in einer freien Gesellschaft des Sozialismus. E. D.

Das Arbeitszeitnotgesetz des Bürgerblocks vom Reichstage verabschiedet

Als im Januar 1927 die Gefahr des Bürgerblocks heraufzog, gab es selbst in Arbeiterkreisen Leute, die glaubten, die Rechtskoalition werde sich sozialpolitischen Forderungen nicht widersetzen, um sich gute Wahlstimme bei den Arbeitnehmern für die nächsten Reichstagswahlen zu sichern. Wer sich inzwischen trotz der sonderbaren Entwürfe über ein Arbeitszeitnotgesetz diesen Optimismus bewahrt hat, dem dürfte er gründlich vergangen sein durch die Vorgänge im Reichstag in den Tagen vom 2. bis 8. April. Am erstgenannten Tage hatte der Reichsarbeitsminister Brauns die famose Gesetzesvorlage über die Arbeitszeitregelung zu vertreten, gegen die wir uns bereits in Nr. 14 und 15 der „Gewerkschaft“ gewandt haben. Herr Brauns fühlte sich dabei durchaus als Bürgerblockminister, was er mit folgenden, fast unglaublichen Ausführungen bewies, und was ihm später der deutschnationale Redner Dr. Kademacher gewissermaßen bescheinigte. — Dr. Brauns sagte u. a.:

Durch diese Vorlage solle der Zweck des in Vorbereitung befindlichen Arbeitszeitgesetzes nicht vorweggenommen werden. Der sozialdemokratische Gesetzesentwurf gehe über das zurzeit erreichbare hinaus, er wolle die Rückkehr zum starken Achtstundentag, und das könne die deutsche Wirtschaft, die sich erst auf dem Wege der Gesundung befinde, nicht ertragen. Die sozialdemokratischen Forderungen gingen auch über das hinaus, was in anderen Ländern bestesse. Eine Dauerordnung der Arbeitszeit, wie sie die Sozialdemokratie wolle, sei jetzt noch nicht möglich. Jetzt könne es sich nur um eine Zwischenlösung handeln, die Dauerlösung solle später kommen. Die Straflosigkeit der unerlaubten Ueberstunden werde beseitigt, der gesetzliche Zuschlag zur Ueberstundenarbeit geschaffen. Das werde eine Milderung der Tarifverträge bedingen und zu diesem Zweck sei eine gewisse Uebergangszeit notwendig. Eine gewisse freiwillige Leistung von Ueberarbeit müsse gestattet sein, so bei der Beschäftigung einzelner Arbeiter nach Beendigung der allgemeinen Arbeitszeit zur Erledigung gewisser Arbeiten. Mißbräuchen und Umgehungen suche der Gesetzesentwurf vorzubeugen. Die Vorlage bedeute einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur endgültigen Arbeitszeitregelung.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Graßmann (2. Vorsitzender des ADGB.) leuchtete nach diesen Ausführungen dem Bürgerblock gehörig heim. Aus seiner Rede geben wir wieder:

Wir wenden uns ganz entschieden gegen die Gründe, mit denen die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bekämpfen. Die Nationalisierung hat nur dazu geführt, daß wir jetzt hohe Preise bei langer Arbeitszeit und unzulängliche Löhne haben. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß durch die Erwerbslosigkeit im Jahre 1925 1,6 Milliarden, im Jahre 1926 5,8 Milliarden Arbeitsstunden verloren gingen. Der Leerlauf der Wirtschaft betrug 1925 4 Proz., 1926 12 Proz. Der Verlust an Arbeitswerten betrug 1925 1,8, 1926 4 Milliarden Mark. Der Umfang der Arbeitslosigkeit übertrifft weitaus die schlimmsten Zeiten vor dem Kriege. Und trotzdem die ungeheuren Ueberstunden. Die Unternehmer behaupten, daß die Forderungen der Gewerkschaften die Wirtschaft außerordentlich schädigen und keine Einstellung von Arbeitslosen zur Folge haben würde. Ich stelle nun fest, daß die Lage der deutschen Wirtschaft erheblich besser ist, als sie offiziell dargestellt wird. Die Zahl der Kontrakte hat sich ständig verbessert. Die Preise für Rohstoffe gehen andauernd zurück, wie der Redner an Wolle, Baumwolle, Fellen, Kautschuk, Roheisen, Schrott, Blei, Kupfer und Zink nachweist. Die Preise für Baumwolle sind schon unter dem Vorkriegsstand, die Preise für Fertigerzeugnisse wurden aber kürzlich erst wieder um 10 Proz. erhöht. In der Kohlen- und Eisenproduktion herrscht eine außerordentlich gute Konjunktur. Die Firma Krupp wollte noch vor wenigen Monaten einen Reichskredit haben, jetzt braucht sie kein Kapital mehr. Wir haben Geld übrig nicht nur auf dem Geldmarkt, sondern auch auf dem Markt für langfristige Anleihen. Die Industrie ist durch Zins- und Diskontherabsetzung außerordentlich begünstigt worden. Die Produktion an Kohle und Kali konnte wesentlich gesteigert werden, sie hat Rekordziffern erreicht. Welches Vertrauen man im Ausland zur deutschen Wirtschaft hat, zeigt die andauernde Steigerung des Kurses der Dawes-Anleihe. Zu welchen Ergebnissen die Nationalisierung geführt hat, zeigt die Steigerung der Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Herabsetzung der Arbeiterzahl. Aus diesem Ergebnis kann geschlossen werden, daß die Arbeitszeit ohne weiteres im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften herabgesetzt werden kann. Das wird auch indirekt vom Scheinrat Lingner in Dresden und von der „Königschen Zeitung“ anerkannt. Dieses Blatt schreibt, daß die Prose, die Verkürzung der Arbeitszeit senke die Arbeitsleistung, sich längst totgelaufen habe, der Achtstundentag sei dabei, sich die ganze Wirtschaft zu erobern. Anderer Meinung ist allerdings die „Bergwerkszeitung“, die von den Arbeitern noch mehr Arbeit verlangt und dabei eine Senkung der Lebenshaltung, er solle mehr arbeiten und weniger verbrauchen. Einige Unternehmer haben aus Amerika manche Neuerungen, darunter das fließende Band, mitgebracht, aber nicht das, was die amerikanischen Unternehmungen groß gemacht haben. Von dem Geiste, der die amerikanischen Unternehmungen besetzt, haben die deutschen Unternehmer nichts gesehen. In Amerika weiß man, daß hohe Löhne, kurze Arbeitszeiten und niedrige Warenpreise die Produktion steigert, den Abfall vergrößert. In manchen Betrieben ist sogar schon die 5-Tage-Woche eingeführt. Die Frage lautet in Amerika nicht mehr, wie können wir genug

produzieren, sondern wie können wir das Produzierte verkaufen. Die amerikanischen Unternehmer beantworten diese Frage: durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise. Die Rechnung ist falsch, daß man die deutsche Wirtschaft durch lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne stärken könnte. Angesichts dieser Zustände verlangen die Gewerkschaften aller Richtungen, daß binnen kürzester Frist eine grundlegende Aenderung in der Arbeitszeitfrage herbeigeführt wird. Wir waren uns bewußt, daß wir durch die Beseitigung der Mehrarbeit nicht mit einem Schläge die ganze Arbeitslosigkeit beheben können. Aber wir wußten, daß wir dadurch mehrere Hunderttausende wieder in Arbeit bringen könnten, vor allem diejenigen, die schon seit Jahr und Tag erwerbslos sind und damit der Verzweiflung ausgeliefert werden. Darüber müssen Sie sich klar sein: Wird dieser Gesetzesentwurf im Ausschuss nicht grundlegend geändert, und dafür bestehen bei der Zusammensetzung der Regierungsmehrheit keine Zusichten, so werden Sie aus den wirtschaftlichen Kämpfen nicht mehr herauskommen, bis ein Zustand herbeigeführt wird, der auch den Arbeitern und Angestellten das Leben erträglich macht. Ob bis dahin die deutsche Wirtschaft in Scherben gegangen ist, dafür tragen Sie (zu den Regierungsparteien) die Verantwortung. Daß wir entschlossen sind, wenn hier im Reichstag unsere Forderungen nicht erfüllt werden, draußen in der Wirtschaft mit der geballten Faust das zu holen, was wir für notwendig halten, das sehen Sie aus dem Aufruf, in dem wir erklären: Wir werden unsere Rechte wahren, indem wir keine Ueberstunden mehr machen. Sie sind jetzt gewarnt, ziehen Sie Ihre Schlussfolgerungen, die Verantwortung für das Kommende müssen wir ablehnen.

Mit diesem Führer der freien Gewerkschaften vergleiche man nun den Führer der christlichen Gewerkschaften, Herrn Adam Stegerwald, der als Zentrumsabgeordneter nach Graßmann sprach. Stegerwald behauptete:

Der Kampf der Arbeitnehmerchaft auf dem Gebiete der Arbeitszeit müsse nach beiden Seiten geführt werden, gegen die übermäßigen Forderungen der Arbeitgeber wie der sozialdemokratischen Arbeitergewerkschaften. Ein Teil der Fragen könne durch ein Notgesetz keine Erledigung finden. Das Gesetz bringe drei Verbesserungen: 1. eine sehr bedeutende Einschränkung der Ueberstundenmöglichkeiten, 2. den Angestellten im Handel, die nicht unter das Washingtoner Abkommen fallen, weitgehenden Schutz vor schrankenloser Ueberarbeit, und 3. bei Ueberarbeit über 48 Stunden hinaus einen angemessenen Zuschlag. Die Behauptung des Abg. Graßmann, es gehe der gesamten deutschen Wirtschaft heute gut, treffe nicht zu; es gehe nur bestimmten Zweigen gut. Zurzeit hätten wir in Deutschland fünferlei Arbeitszeit. Im allgemeinen bestesse in Deutschland für diejenigen, die am schwersten arbeiten müssen, die längste Arbeitszeit. Das Schlimmste und Kulturunwürdige sei die zweigeteilte Schicht, die zwölfstündige Arbeitszeit, die längste Arbeitszeit in Europa. Die Arbeitszeitfrage sei zugleich eine Lohnfrage. Werde die Frage der Arbeitszeit nicht gut gelöst, dann habe die Nationalisierung ihren Zweck verfehlt.

Deshalb führt also Stegerwald den Kampf gegen die „sozialdemokratischen Arbeitergewerkschaften“. Logik war nie seine starke Seite. — Der deutschnationale Dr. Kademacher sagte:

Die Geschichte wird sich einmal darüber wundern, daß in Deutschland bei seiner jetzigen Lage ein Gesetz geschaffen wurde, durch das die Arbeit beschränkt und verboten wurde. Eine mechanische Regelung der Arbeitszeit ist unmöglich. Ein Aufstieg der Wirtschaft kündigt sich an. Jetzt aber sind wir im Begriffe, eine günstige Lage kaputt zu schlagen. Ich habe allerdings Vertrauen zu dem Arbeitsminister, sonst würde ich diesem Gesetz nicht zustimmen.

Der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Gotha, Abg. Pfeffer (D. Vp.) behauptete,

daß von den Gewerkschaften unnötige Erbitterung in den Streit um die Arbeitszeitfrage hineingetragen worden sei. Auch der Abg. Graßmann habe aus einer wirtschaftlichen Frage eine parteifanatische Frage, ein Dogma gemacht. Die Deutsche Volkspartei wolle sich den vom Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen fügen, weil sonst zu befürchten sei, daß nachteilige Eingriffe in die deutsche Wirtschaft vorgenommen werden würden. Unter Feitheit der Linken verlas der Redner den Brief eines Arbeiters, der behauptet, er wisse nicht, wie er seine freie Zeit bis zum Schlafengehen zubringen solle, und er möchte gern länger arbeiten. (Natürlich gibt es auch solche Käuze. D. R.) Die Volkspartei stimme der Vorlage zu, wenn sie auch für größere Freiheit in der Bemessung der Arbeitszeit sei. Vor allem müsse man einen Unterschied zwischen den Bedürfnissen der großen und kleinen Betriebe machen. Mit der jetzigen Vorlage gehe Deutschland über das Washingtoner Abkommen hinaus, es sei zu befürchten, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verteuerung der Warenpreise führen werde. Obgleich seien doch in der letzten Zeit Lohnerhöhungen bewilligt worden, daß Bedenken entstehen, die deutsche Industrie werde ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt einbüßen.

Nachdem noch die Abgeordneten Kadel (Komm.) und Schneider (Dem.) sich gegen den Wechselhaß der Regierung ausgesprochen und Arbeitsminister Brauns einige Erwiderungen gemacht hatte, wurde der Gesetzesentwurf dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Grafmanns Pessimismus, daß hier an dem Gesetzentwurf grundlegend nichts geändert werden würde, erfüllte sich. Es gelang nur auf Antrag der Abgeordneten Frau Schröder (Soz.), schwangeren Frauen den Achtstundentag zu sichern. Ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Aufhäuser (Vorsteher des A.M.-Bundes), den § 13 der Arbeitszeitverordnung zu streichen, weil er den vorgeordneten Dienstbehörden in den öffentlichen Betrieben ermöglicht, die Arbeitszeit zu diktiert, wurde vom Bürgerblock abgelehnt. Interessant ist auch, daß ein Antrag der Frau Schröder, das Notgesetz auf das Krankenpflegepersonal mit auszudehnen, ebenfalls abgelehnt wurde, weil es immer noch besser ist als die Arbeitszeitverordnung vom 13. Februar 1924.

Die Ereignisse überstürzten sich nun. Schon am Tage darauf, am 8. April, hat der Reichstag das Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks verabschiedet. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Grafmann, vom Vorstand des A.M.B., und Limberg, der Bergarbeiterführer, redeten dem Bürgerblock vergeblich ins Gewissen. Es brauchte auch kein Unternehmersyndikus dieses Gesetz zu verteidigen, denn das beforderte schon zu ihrer größten Zufriedenheit der christliche Arbeiterführer Stegerwald. Der ritt wiederum eine Attacke gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften und wurde in diesem unflöchtlichen Tun ausgerechnet in dieser Stunde lebhaft unterstützt von dem kommunistischen Gewerkschafter Hedert. — Grafmann wies u. a. noch einmal auf die ungeheuren Arbeitszeiten im Mühlengewerbe und in den Fleischereien hin, die 14 bis 16 Stunden pro Tag betragen, und sagte:

Auch nach Verabschiedung dieses Gesetzes wird es im wesentlichen bei den bisherigen Zuständen bleiben. Bei unseren Versuchen, den Gesetzentwurf zu verbessern, haben wir uns nicht allein von sozialpolitischen Erwägungen, sondern ebenso von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten leiten lassen. Wir sind davon ausgegangen, daß es notwendig ist, der Erwerbslosigkeit zu Leibe zu gehen, und die nüchternsten Erwägungen hätten Ihnen (nach rechts) doch sagen müssen, daß die Unterbringung von 100 000 Arbeitslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet die Wiederherstellung Hunderttausender von Kunden, von Konsumenten, die wiederum Zehntausende von Arbeitern und Konsumenten nach sich ziehen. Ueber der Besserung der Exportmöglichkeiten dürfen wir den inneren Markt in seiner ungeheuren Bedeutung nicht vergessen. Wir geben uns jetzt allerdings keiner Hoffnung mehr hin, daß wir noch eine Wenderung in der Haltung der Regierungsparteien herbeiführen könnten, auch wenn wir mit Engelszungen zu Ihnen redeten. — Unsere Arbeit ist damit aber nicht beendet. Wir werden den Arbeitern draußen sagen: „Es ist notwendig, nachdem ihr bei der Gesetzgebung in diesem Hause nicht den erforderlichen Schutz gefunden habt, daß ihr euch selbst helft!“ Genau so wie die Unternehmer keine religiösen oder politischen Unterschiede bei der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen machen, so müßt auch ihr euch in großen und einheitslichen gewerkschaftlichen Organisationen zusammenschließen. Wir werden den Arbeitern sagen: „Hinein in die Gewerkschaften! Stärkt sie, baut sie aus, holt euch das, was ihr braucht; von diesem Gesetzentwurf aber wird es heißen: Gewogen, zu leicht befunden, verworfen!“

Nachdem Stegerwald und Hedert gesprochen hatten, ergriff Grafmann noch einmal das Wort, wobei er den Vorrednern entgegnete:

Stegerwald hat ja selbst die Kundgebung der Gewerkschaften unterzogen und sie bis in die jüngste Zeit hinein in Versammlungen und Aufsätzen vertreten! Die anderen christlichen Gewerkschaftsführer sind

genau der gleichen Meinung wie wir. Noch am 6. März hat der „Deutsche“ gegen den Entwurf Stellung genommen. Es wurde dort ausgeführt, daß die Vorlage wesentlich weitergehen müsse, sonst würde sie den einmütigen Widerstand der Arbeiterschaft auslösen. Die bürgerlichen Parteien sollten doch bedenken, daß, wenn eine gewaltige Enttäuschung über das Notgesetz bei den christlichen Arbeitern Platz greifen würde, das doch auch Folgen für ihre Partei nach sich ziehen würde. Wir haben durch unsere Anträge versucht, dem Entwurf die schlimmsten Zähne und Hörner auszureißen, sie sind von der Mehrheit abgelehnt worden. Es ist ein Unglück für die deutsche Arbeiterschaft, daß sie in dieser so eminent wichtigen Situation nicht einmütig zusammensteht. Es gibt ja so unendlich viele Fragen, in denen die Arbeiter zusammengehen müssen, in denen es gleichgültig ist, wie ihre religiösen oder politischen Ansichten sind. Wären die Arbeiter jetzt zusammengegangen, das Arbeitszeitnotgesetz sähe anders aus! Limberg führte u. a. aus:

Die achtstündige Arbeitszeit kommt gewiß, wenn auch nicht von heute auf morgen, aber sicher. Es ist unmöglich, die höllischen Zustände andauern zu lassen, unter denen heute die Arbeiter im Bergbau und in der Industrie leiden müssen; wenn dem nicht abgeholfen würde, so würden wir eines Tages Explosionen in den Betrieben erleben, die die ganze Wirtschaft auf das schwerste treffen. Darum aber ist es nicht nur verbrecherisch, sondern auch ungeheuer dumm von den Kommunisten, mitten in diesem Kampf die Sozialdemokratie zu beschimpfen und gegen die Gewerkschaftsführer zu hetzen, statt das gemeinsame Vorgehen aller Arbeiter zu fördern. Die Bergarbeiter müssen heute unter der Achtstundenschicht viel länger und mehr arbeiten als unter der 8½-Stundenschicht vor dem Kriege, und zwar insolge der Antreiberei, der Rationalisierung und des technischen Fortschritts. Wenn die Gewerkschaften schwächer geworden sind, so ist das die Schuld der Kommunisten und ihrer Hetze. Die kommunistische Presse trägt unangesezt Verleumdungen gegen die Gewerkschaften zusammen. Es kommt ihr gar nicht darauf an, unter einer hegerischen Ueberschrift im Text das Gegenteil davon zu sagen. Wer dieses Zeug acht Tage lang lesen muß, ist beinahe reif für Dalldorf. Wir haben die Ruhrarbeiter aufgefordert, vom 1. April ab nur 7 Stunden anzufahren und trotzdem die neue Hetze der Kommunisten, trotzdem immer wieder Zersplitterung anstatt Zusammenfassung der Arbeiterschaft. Gegen die Weltanschauung und die religiösen Ueberzeugungen der christlichen Arbeiter führen wir keinen Kampf; sie müßten in ihrem eigenen Interesse mit den freien Gewerkschaften zusammengehen, damit wir endlich die notwendige Arbeitszeitverkürzung erreichen, die im obersten Interesse von Gesundheit und Leben der Arbeiter liegt!

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Rieseberg (Dnat.), Stegerwald und Hedert wird das Arbeitszeitnotgesetz in namentlicher Abstimmung mit der geringen Mehrheit von 195 gegen 184 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Genosse Aufhäuser stellt im „Vorwärts“ fest, wenn nur sechs den christlichen Gewerkschaften angehörende Reichstagsabgeordnete mit den Vintsparteien gestimmt hätten, wäre das Gesetz gefallen. Damit ist aber der Kampf um den Achtstundentag noch nicht beendet. Die Arbeiter müssen nunmehr Grafmanns Wort wahr machen und in hellen Scharen in die freien Gewerkschaften strömen, um sich ohne den Reichstag den Achtstundentag zu erringen. Darüber hinaus aber werden sie bei den nächsten Wahlen den arbeitersyndikalistischen Parteien die Quittung für ihr Verhalten geben müssen. Es darf kein Bürgerblockreichstag mehr zustande kommen. Und nun auf zur Agitation und in den Kampf für eine menschenwürdige Arbeitszeit!

G. R.

Städtische Kohlenzechen

Vor einigen Tagen haben die Stadt Köln und die Frankfurter Gasgesellschaft, deren Aktien zu 56 Proz. in den Händen der Stadt Frankfurt a. M. und zu 40 Proz. in den Händen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes sich befinden, umfangreiche Kohlenfelder im linksniederrheinischen Gebiet erworben. Durch einen Vertrauensbruch bürgerlicher Kommunalpolitiker wurde diese Transaktion in der bürgerlichen Presse veröffentlicht, noch ehe die Verhandlungen abgeschlossen waren. Trotzdem konnten die Pressemeldungen den Kauf nicht verhindern. Am 6. April wurde die Erwerbung abgeschlossen. Nunmehr haben die Stadtverordneten das Wort. Kollege Vengersdorf, der in Köln als Stadtverordneter kommunalpolitisch tätig ist, gibt in dem nachfolgenden Artikel eine Würdigung dieses für die zukünftige Kommunalwirtschaft bahnbrechenden Vorganges.

Bei dem gemeinsamen Kauf der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadt Köln handelt es sich um ein noch unerschlossenes großes Kohlenfeld, das von den Rheinischen Stahlwerken erworben wurde. Das Kohlenfeld mit den dazu gehörigen Ländereien zur Errichtung von Bergmannsftedlungen sowie einem günstigen Plage zur Anlage eines Rheinhafens ist zum Preise von 16 Millionen Mark angeboten worden. Es besteht aus elf so-

nannten preußischen Normalfeldern in äußerst günstiger Lage auf dem linken Niederrhein. Drei Sachverständige haben die bergmännische Untersuchung vorgenommen, die ein ausgezeichnetes Ergebnis hatte. Das Kohlenvorkommen wird auf 25 Millionen Tonnen Gaskohle und rund 300 Millionen Tonnen Fettkohle berechnet. Es handelt sich um ein Kohlenvorkommen von außerordentlicher Mächtigkeit und sehr wahrscheinlich äußerst günstigen Abbauverhältnissen, denn die ihm nächstgelegene Zeche ist die rentabelste Zeche ganz Preußens, in der die höchste Kopfleistung des ganzen Reviers erzielt wird. Das Kohlenfeld kann innerhalb sechs Jahren nach Einführung eines Schachtes erschlossen werden. Dazu wäre allerdings noch ein Kapitalaufwand von 90 Millionen Mark notwendig, das aber nach dem Urteil aller Sachverständigen leicht verzinsbar wäre, da man selbst bei Anrechnung aller möglichen ungünstigen Faktoren eine Rentabilität von 6 bis 7 Proz. berechnet, während im Eventualfalle eine Rente von 10 bis 11 Proz. zu erwarten ist. Die Finanzierungsfrage ist gegenüber Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk geklärt. Die Stadt Köln beteiligt sich zur Hälfte an dem Unternehmen. Zurzeit wird versucht, noch eine Reihe anderer Städte, darunter auch Düsseldorf, an dem Unternehmen zu interessieren. Der große Kapitalaufwand zur Er-

schließung der Kohlenfelder wird auf dem Anleihewege aufgebracht werden müssen.

Die Köln-Frankfurter Transaktion ist für alle Anhänger der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung eine böse Enttäuschung. Ist doch das ganze Unternehmen nichts anderes als ein befreiender Schlag gegen das sich immer mehr zum Diktator — auch der kommunalen Gaswirtschaft — erhebende Kohlsyndikat. Die Enttäuschung der Industrie muß um so größer sein, als noch bis in die letzten Tage hinein Versuche, das Kölner Gaswerk stillzulegen und Thyssen die Produktion abzutreten, unternommen wurden. Die bis in den höchsten Stellen der Kölner Verwaltung sitzenden Anhänger von Thyssens haben allerdings vor wenigen Tagen einsehen müssen, daß heute in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit für die Fortführung der Eigenproduktion die sichere Wahrscheinlichkeit ist. Durch die Beteiligung Kölns ist anzunehmen, daß auch bei der Stadtverwaltung die Einsicht und die kommunalpolitischen Interessen gesiegt haben.

In Frankfurt und Hessen wie auch in Köln und im Rheinthal wird nun das Problem der Ferngasversorgung von gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten und mit viel größerer Aussicht auf Erfolg neu aufgerollt werden können, vorausgesetzt, daß eine geschickte und kluge Hand dieses beherrschende Zukunftsproblem in die richtigen Bahnen leitet. Der Zechenbesitz bringt der kommunalen Gaswirtschaft am Rhein die Unabhängigkeit gegenüber dem Kohlsyndikat. Das würdigen kann nur der, der die heutige Machtstellung des Syndikats kennt. Die Zukunft würde diesen Zustand noch verschlimmern.

Bekanntlich erfaßt und vertreibt das Kohlsyndikat die gesamte Förderung der Zechen. Lediglich ein Selbstverbraucheranteil der periodisch durch den sogenannten Selbstverbraucherausschuß für jedes Mitglied festgesetzt wird, unterliegt im Preise wie in der Behandlung nicht den Syndikatsbestimmungen. Für Selbstverbrauch kommen in erster Linie Werks- und Deputatkohle in Frage. Dem Mitglieder gleichgestellt sind außerdem Unternehmungen, an welchen Syndikatsmitglieder mit mindestens 51 Proz. aller Anteile beteiligt sind. Will ein Gaswerk also in Zukunft gute und billige Selbstverbraucherkohle bekommen, so muß es seine Selbstständigkeit aufgeben. Das Syndikat würde praktisch das Gasmonopol in seine Hände bringen. Während Werke, die sich nicht dem Syndikat fügen, durch Belieferung mit schlechter und teurer Kohle in ihrer Rentabilität erschüttert würden. Das Ruhrsyndikat erstrebt aber das Gasmonopol, deshalb die Gründung der Aktiengesellschaft für Kohlenverwertung. Wie diese Aktiengesellschaft das Gasmonopol zu erringen beabsichtigt, beweist die Tatsache, daß alle der ihr angeschlossenen Zechen sich verpflichten mußten, keinerlei Unternehmungen mit Feinkohle zu beliefern, die Gss für Dritte abgeben. Würde das durchgeführt, dann würden die kommunalen Werke, die sich nicht bedingungslos unterwerfen, ohne geeignete Gastkohle bleiben. Sie würden die Faust des Syndikats fühlen müssen, bis sie unterliegen würden. Was eine solche rückichtslose Ausbeuterpolitik für eine

Wirkung auf den Gaspreis und die Interessen der städtischen Bevölkerung haben würde, brauche ich nicht aufzuzeigen.

Deshalb ist die Errichtung von eigenen städtischen Kohlenruben eine große gemeinwirtschaftliche Tat. Schon ruft die Presse der Schwerindustrie zum Kampf gegen die fortschreitende „Sozialisierung“ auf. Die „Kölnische Zeitung“ meint: „Eine oberbürgermeisterliche Starrköpfigkeit, die Herr im eigenen Hause bleiben wollte, statt sich einem großen organischen System anzugliedern, spielte bei dem Anlauf eine Rolle.“ Und eine andere große Zeitung macht den Rheinischen Stahlwerken Vorwürfe, daß sie die Interessen der Privatwirtschaft verraten haben. Demgegenüber erklären die Rheinischen Stahlwerke, daß der Kaufinteressent durchaus aus eigener Initiative an Rheinstahl herantreten sei, und zwar durch Vermittlung, so daß im ersten Stadium der Verhandlungen die Rheinstahlwerke keinerlei Wissen um den Partner gehabt habe.“ Schließlich wird noch zu erwähnen sein, daß die Mehrheit der Rheinstahlaktien im Besitz der G. I. Farbenfabriken ist, die bekanntlich den Bestrebungen der Kohlenverwertungs-Aktiengesellschaft nicht sonderlich freundlich gesinnt sind, da sie ihre Stickstoffproduktion von ihr gefährdet sieht.

Dieser häusliche Streit mag uns wenig kümmern. Hoffen wir, daß die Stadtverordneten der in Frage kommenden Städte Sinn für eine großzügige Kommunalpolitik haben. Dann wird allerdings immer noch zu überwachen sein, daß die Schwerindustrie nicht doch noch entscheidenden Einfluß durch Beteiligungen erhält. Die Erwerbungen werden immerhin ein Markstein in der deutschen Kommunalpolitik sein. Mögen sie zu einer kraftvollen Entfaltung der unerschöpflichen Werte unserer Gemeinwirtschaft führen. L.

Wieder ein Vorstoß gegen die öffentlichen Betriebe.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 145 vom 27. März 1927 eine Notiz, in der sie sagt, daß ganz erhebliche Ersparnismöglichkeiten auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung notwendig seien. In den Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen, einschließlich der Betriebe der öffentlichen Hand, würden 2,5 Millionen Menschen beschäftigt. Das bedeute, daß in Deutschland jeder zehnte Erwerbstätige von der öffentlichen Hand beschäftigt wird. Wer das liest, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß in Deutschland 2½ Millionen Verwaltungsbeamte beschäftigt werden. Man sollte annehmen, daß der Handelsredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung“ wissen müßte, wie die Zahl von 2½ Millionen überhaupt zustande kommt; doch davon steht in seinem Organ kein Wort. Wir wollen das nachholen und die Dinge — soweit das in einem Zeitungsartikel überhaupt möglich ist — richtigstellen. Professor Dr. Julius Hirsch, früher Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, hat vor einiger Zeit die obengenannte Zahl folgendermaßen berechnet: Reichsbeamte 100 000, Reichswehr 100 000, Arbeiter in öffentlichen Betrieben (Staat und Gemeinde) 400 000, Beamte von Gemeinden und Gemeindeverbänden 500 000, Beamte der Länder 350 000, Reichsbahn 714 000, Reichspost 337 000, insgesamt 2 501 000. Das sind von 31 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland bel-

Gewerkschaften und Leibesübungen

I.

Es mehren sich die Fälle, in denen städtische Betriebe besondere Werkssportvereine gründen. Wiederholt haben wir das Verhältnis von Arbeitersport und Gewerkschaften in unserer Presse behandelt. Es erscheint aber im gegenwärtigen Moment besonders angebracht, etwas eingehender zu der Frage Stellung zu nehmen und einige grundsätzliche Betrachtungen darüber anzustellen. Neuesten Anlaß dazu gab uns eine Flugchrift des Dürerbundes über „Sport und Leibesübungen“ von Hermann Häfner (Verlag Georg D. W. Callwey, München), dessen Grundtenor in der kleinen lezenswerten Schrift sich etwa aus folgendem Zitat ersehen läßt:

„Bei uns fällt der Massenbetrieb auch des Sports mit Vorliebe auf ein im Grunde genommen ganz abseitiges Gebiet, nämlich die Pflege einer mehr oder minder polemischen, mehr oder minder nach Absonderung strebenden Gesinnungspflege. Von allem, was mit der Sache zusammenhängt, wählt gerade der Deutsche das eigentlich Gegenstandsloseste, das den bequemsten Raub mit der größten Anspruchslosigkeit verbindet, und er nennt es Begeisterung. Ich glaube, man wird ganze Gruppen deutscher Sportsleute häufiger damit beschäftigt finden, sich für irgendetwas zu begeistern und an irgendeiner Idee zu berauschen, sei es an den Sportleistungen anderer und am heilenischen Ideal, sei es an Patriotismus oder am Margis-

mus, an der Kampfstimmung der Jugend gegen das Alter oder an Hass gegen den Alkohol oder einer sonstigen Tugend, als mit dem Sportum selbst. Begeisterung und Enthusiasmus aber sind sehr zweifelhafte Dinge. Sie sind gut und unantastbar, wenn sie sich, der Nike (Siegsgöttin) Olympias gleich, nach überstandener Kampfe zum Sieger herabsenken (Sieg über andere oder über sich selbst), oder wenn sie als ein Aufatmen der Seele nach überstandener Gefahr aufbrausen, wie der Pegasus aus dem abgeschlagenen Leibe der Medusa; sie sind sehr gut, wenn sie dem Körper wohl tun wie die natürliche Wärme, die uns nach scharfer Gymnastik überrieselt, aber sie sind faul und unfruchtbar, wenn sie um ihrer selbst willen gesucht werden und gleichsam im Leeren schweben. Sie sind um so gefährlicher, je mehr die Massengemeinschaft sie zu legitimieren scheint.“

Damit ist eine Grundgesinnung zum Ausdruck gebracht, die immerhin sehr beachtenswert ist und in Arbeiterportierkreisen u. d. doch nicht hinreichend gewürdigt wird.

Aber wir müssen eine allgemeine Bemerkung vorausschicken. Sagt nicht der ältere Kollege zumeist: „Das hat nun auch noch gefehlt, sich mit dem Sport so eingehend zu beschäftigen. Schlimmt genug, daß unsere Kinder für nichts mehr weiter Zeit haben als für den Sport? Als wir noch jung waren usw.“

Gemach, verehrter älterer Kollege (ich bin ja in der Beziehung deiner Generation zugehörig), die Zeiten haben sich geändert und auf diesem Gebiet bestimmt nicht zum schlechteren! Jugendbewegung, Sportentwicklung haben sich mit elementarer Gewalt Bahn geschaffen

nahe 8 Proz. Worauf es aber ankommt, ist, daß in den öffentlichen Wirtschaftsbetrieben zirka 5 Proz. beschäftigt werden, so daß also im Höchstfalle nur 3 Proz. der Erwerbstätigen in Deutschland als Verwaltungspersonen angesprochen werden können. Es ist doch eine Ironie, wenn man der Deffenlichkeit einreden will, daß auch die in den Wirtschaftsbetrieben Beschäftigten keine wertschaffenden, sondern nur verwaltende Funktionen ausüben. Reichspost und Reichsbahn, die Arbeiter in öffentlichen Betrieben — also Staats- und Gemeindebetriebe — sind wertschaffende Faktoren. Auch unter den 3 Proz. in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten sind noch viele Personen enthalten, die nicht nur eine Verwaltungstätigkeit ausüben, sondern in der öffentlichen Wohlfahrtspflege, in den Sparkassen, Wegeunterhaltung usw. beschäftigt sind. Dazu kommt, daß man die Angehörigen der Reichswehr nicht als Beamte ansehen kann. Mit verwaltender Tätigkeit haben auch die nichts zu tun. Betrachtet man die Dinge von diesem Standpunkt, dann sieht das Bild wesentlich anders aus. Das will man aber nicht sagen, weil es dann nicht mehr möglich wäre, die Deffenlichkeit zu benutzen, um gegen die öffentlichen Betriebe Sturm zu laufen.

Die Arbeitnehmer rühren sich zurzeit, um eine Verbesserung ihrer Einkommensbezüge durchzusetzen. Das ist schon etwas, was den Vertretern der Privatindustrie nicht zusagt. Je mehr nun die Deffenlichkeit mobil gemacht ist und in Gegensatz zu den Arbeitnehmern der öffentlichen Betriebe gebracht wird, desto eher wird es der Privatindustrie möglich sein, ihre Ansichten zur Geltung, das heißt, die Forderungen der in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten zum scheitern zu bringen.

In diesem Zusammenhang wollen wir auch eine sicher unparteiische Stelle zum Wort kommen lassen. In der Denkschrift des Deutschen Städtetages wird berechnet, daß die „Allgemeine Verwaltung“ — das ist der Titel, unter dem hauptsächlich die Ausgaben für die öffentliche Verwaltungstätigkeit verbucht werden — im Jahre 1913 18,3, im Jahre 1925 aber nur 13,3 des Gesamtfinanzbedarfs betragen haben. Im ganzen gemessen sind also die Ausgaben für die öffentliche Verwaltung gefallen und nicht gestiegen. Es erscheint uns aber notwendig, in diesem Zusammenhang wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß die städtischen Versorgungsbetriebe heute das Rückgrat der städtischen Finanzen bilden. Auch der Deutsche Städtetag hat festgestellt, daß die Ueberschüsse der städtischen Versorgungsbetriebe von 11,7 im Jahre 1913 auf 15 im Jahre 1925 gestiegen sind. Werden die Ueberschüsse aus den sonstigen städtischen Verwaltungszweigen, wie Grundstücksverwaltung usw., noch dazu genommen, dann wird nicht viel daran fehlen, wenn wir sagen, zirka 20 Proz. der städtischen Ausgaben werden aus den städtischen Unternehmungen gewonnen. Daß die Privatindustrie bemüht ist, diese Betriebe in die eigene Hand zu bekommen, ist somit erklärlich.

Eins bleibt noch festzustellen: Die Finanzämter sind zu schwach besetzt; denn sonst wäre es nicht möglich — wie in der neuesten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums festgestellt wird, daß am 1. Oktober 1926 620 181 000 Mk. Steuerrückstände zu verzeichnen waren, und angenommen wird, daß der Betrag der rückständigen Steuern noch weiter anschwillt. Die Arbeiter, Angestellten

und Millionen von Menschen der jüngeren Generation unweigerlich erfasst. Diese Bewegung ist mit Protesten oder Lamentationen nicht aufzuhalten. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, den Sport seiner Entartungserscheinungen zu entkleiden, ihn einzuführen in die große Gedankenwelt der Gemeinschaftsentwicklung aller Menschen — des Sozialismus. Ja, sagen viele ältere Kollegen, wenn wir uns aber „voll und ganz“ mit unserer Gewerkschaftsbewegung beschäftigen sollen, haben wir ja kaum Zeit, unseren politischen Pflichten nachzukommen. Dazu sind wir noch Laubkolonisten. (Das ist bereits ein Sport!) In größeren Städten sind viele Mitglieder der Freien Volkshöhen. Jetzt sollen wir nach den Angaben unseres Redakteurs auch noch singen und musizieren, woher sollen wir Aermsten die Zeit nehmen? In der Redaktionsstube kann man solche Dinge wohl ausfrinilisieren, hart im Raum aber stoßen sich die Sachen.

Aber auch hier müssen wir wieder einige Einwendungen machen. Der Verfasser steht bekanntlich mitten in gewerkschaftlicher und politischer Arbeit und betreut noch nebenher in einem Stadtbezirk von mehr denn vierhunderttausend Einwohnern die Jugendbewegung als Magistratsmitglied. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß spanischer Kollege infolge Krankheit in seiner Familie oder anderer Hemmungen oft schwer zu tragen hat an seinem Los und sich irgendwelchen ergötzenden, lebensfrohen Dingen kaum hingeben kann, so ist das Leben doch so mannigfaltig, und der nutzlose, ungewöhnliche Kräfteverbrauch bei ungezählten Tausenden von

und Beamten müssen ihre Steuern zahlen, weil sie vom Lohn und Gehalt gleich in Abzug gebracht werden. Es kann sich also nur um Besitzsteuern handeln. Das Vorgehen der „Berliner Börsen-Zeitung“ läuft darauf hinaus, von den kapitalistischen Missetaten abzulenken. Als Blizableiter sollen wieder einmal die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den öffentlichen Betrieben herhalten. Dagegen sich zur Wehr zu setzen, ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Beamtenorganisationen. Stbg.

Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft

Für die deutsche Arbeiterklasse ist die Forderung auf Lohn- und Arbeitszeitverkürzung wieder zur aktuellsten Tagesfrage geworden. Das Problem der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes ist (seit dem organisierten Kampfe mittels der Gewerkschaften) für die Arbeitnehmer im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das A und O der Lebenserhaltung. Entsprechend des Machtverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit oder mit anderen Worten: entsprechend des Machtverhältnisses zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum wurde der Kampf um diese wichtigen Probleme in Theorie und Praxis ausgetragen. Seit der Stabilisierung der Währung haben wir eine gewisse Ruhe vor dem Sturm. Das Institut für Konjunkturforschung hat den Verlust an Arbeitsstunden in den Jahren 1925/26 ermittelt, der entstanden ist durch Erwerbslosigkeit und durch Arbeitskämpfe. Die Ermittlung ergab folgende Statistik. Es gingen an Arbeitsstunden in Millionen verloren:

	1925	1926
durch Arbeitslosigkeit der Hauptunterstützungsempfänger	1025	4110
der Ausgesteuerten	30	168
der sonstigen Arbeitslosen	102	411
Kurzarbeit	467	1089
Arbeitskämpfe	136	10

Ergebnis: 1769 5788

Vielfach wird das Jahr 1927 als ein Jahr der eventuellen Austragung von heftigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit bezeichnet. Waren die Jahre 1925 und 1926 Jahre der kapitalistischen Rationalisierungsmethoden auf Kosten der breiten Masse des werktätigen Volkes, so muß das Jahr 1927 für die Arbeitnehmer ein Jahr des Kampfes sein! Dieser Kampf soll von der Ueberzeugung getragen sein, daß es höchste Zeit ist, daß die Arbeiterklasse an den Früchten der Rationalisierung beteiligt wird! Deshalb beantworten wir zunächst die Frage: Welche Früchte hat die Rationalisierung der kapitalistischen Unternehmungen gezeitigt?

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte im Juli 1926 eine Eingabe, als Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Arbeitschutzgesetzes, an das Reichsarbeitsministerium gemacht. In dieser Eingabe hieß es u. a.:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die außenpolitische und weltwirtschaftliche Lage Deutschlands noch weniger als die innerdeutschen Verhältnisse Veranlassung bieten kann, der deutschen Wirtschaft — sei es auch nur zunächst durch innere Gesetzgebung — neue Fesseln aufzulegen.“

In verständliches Deutsch übersetzt heißt das: Die gesetzliche Festlegung der Höchstarbeitszeit auf acht Stunden täglich und Erhöhung

Kollegen in ihrer freien Zeit ist doch so leicht nachweisbar, daß wohl kaum darüber zu reden ist! Wir wollen hier nicht all die Mängel aufzählen, die in der ungehörigen Benutzung der freien Zeit in weiten Kreisen der Arbeiterschaft vielfach noch vorhanden sind. Sie sind ja unseren Kollegen auch genügend bekannt. Andererseits ist nicht nur in der jüngeren Generation, also in unseren Kindern, sondern in zahlreichen Kreisen der älteren Arbeiter ein Betätigungsdrang körperlicher Art so stark vorhanden, wie man das überall sehr leicht beobachten kann.

Als Beispiel seien nur herausgegriffen unsere Ferienkurse, deren Teilnehmer zu über zwei Drittel, zum Teil sogar drei Viertel sich freiwillig sportlich betätigen, wie wir das überhaupt bei fast allen Schulen neuzeitlicher Art beobachten können. So hat auch z. B. der Deutsche Metallarbeiterverband in Dürrenberg eine regelrechte Sportstunde am Tage. Es ist keine Frage, daß bei Ausbau unserer Kurse wir auch dazu übergehen werden, die Leibesübungen nicht bloß auf freiwilliger Basis, sondern planmäßig und obligatorisch in den Lehrplan einzureihen.

Interessant ist auch, die Zahl der organisierten Jugendlichen, die sich mehr oder minder stark mit Leibesübungen beschäftigen, festzustellen. Der „Jugend-Führer“ brachte kürzlich eine bemerkenswerte Aufstellung, auf welche Bünde und Verbände sich die deutsche Jugend ungefähr verteilt. Er sagt: Deutschland hat rund 63 Millionen Einwohner. Auf Grund einer Altersklassen-

des Lohnes will das Unternehmertum nicht tragen. — Die Tragbarkeit unserer Forderungen läßt sich mit folgendem beweisen:

Nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Erzeugung von

1926	Roheisen in t	Rohstahl in t	Walz- produkte in t
September	880 025	1 143 578	951 134
Oktober	935 279	1 174 696	980 356
November	933 298	1 257 007	1 001 002
Dezember	1 046 791	1 303 141	1 083 947

Neben der Steigerung des Roheisens, Rohstahls und der Walzwerkprodukte hat der deutsche Kohlenbergbau — ohne den Saarbezirk — folgende Erzeugungsziffern in Millionen Tonnen: Steinkohlenförderung 1925 132,73, Braunkohlenförderung 139,80, Steinkohlenförderung 1926 145,36, Braunkohlenförderung 139,87.

Nicht uninteressant sind die Erzeugungsziffern des Ruhrbergbaues vom Jahre 1926 im Vergleich zu 1925, 1924 und 1919 in Tonnen:

	1926	1925	1924	1919
Kohle	112 107 834	104 058 982	94 072 260	70 946 099
Koks	22 186 588	22 598 930	20 709 691	17 226 189
Briketts	3 780 197	3 544 678	2 786 052	2 799 929

Diese Zahlen erhalten erst ihre richtige Bedeutung zur Beurteilung der Ruhrbergbau-Unternehmungen, wenn man bedenkt, daß diese Erhöhung der Kohlenförderung, Kokszeugung und Brikett-herstellung zu erzielen möglich war trotz eines gewaltigen Arbeiterabbaues. Arbeiter waren im Ruhrbergbau im Jahresdurchschnitt insgesamt beschäftigt 1926 385 153, 1925 432 691, 1919 432 083.

Also, die Steigerung der Kohlenförderung von rund 104 Millionen Tonnen im Jahre 1925 auf 112 Millionen im Jahre 1926 wurde erzielt, trotzdem im Jahresdurchschnitt 1926 47 000 Arbeiter weniger Beschäftigung fanden als im Jahresdurchschnitt 1925 und trotz des Minus der Gesamtförderung von 8 Millionen Tonnen 1925. Nach ungefährender Schätzung bedeutet der Ausfall von menschlicher Arbeitskraft für das Unternehmertum eine Ersparnis an Arbeitslöhnen von 75 bis 90 Millionen Mark im Jahre 1926. Würden wir eine Anzahl Millionen Mark für die Rationalisierung (Maschinen usw.) von dieser Summe in Abzug bringen, dann ist der Restbetrag immer noch hoch genug, um die erzielten Profite mittels der Rationalisierung nachzuweisen!

Die Erhöhung der Rentabilität der Bergbauunternehmungen im Ruhrgebiet können wir auch feststellen durch eine Gegenüberstellung der Kohlenförderung: 1926 112 107 834 Tonnen — 1913 114 550 153 Tonnen. Im Jahresdurchschnitt betrug die arbeits-tägliche Kohlenförderung: 1926 370 451 Tonnen, 1913 379 840 Tonnen, und beschäftigt wurden 1926 385 153 Arbeiter, 1913 426 033 Arbeiter.

Folglich waren im Ruhrbergbau im Jahre 1926 rund 9 Proz. weniger Arbeiter beschäftigt als 1913. Das Minus der Kohlenförderung von 1926 im Vergleich zu 1913 beträgt aber nur 2½ Proz.

statistik des Statistischen Reichsamtes zählen wir mindestens 9 Millionen Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren. Von diesen sind:

Katholische Jugendbewegung	1 300 000 = 14 Proz.
Evangelische Jugendbewegung	500 000 = 6 "
Nationale Bewegung	500 000 = 6 "
Bürgerliche Sportbewegung	1 000 000 = 11 "
Arbeiter-Sportbewegung	400 000 = 4 "
Sozialistische, Freie Ge- werkschafts- und republika- nische Jugendbewegung	600 000 = 6 "
„Reine“ Jugendbewegung	80 000 = 1 "
Zusammen	4 380 000 = 48 Proz.

Ergänzend sei dazu bemerkt, daß dieses Bild natürlich trotz aller Sorgfalt nur eine allgemeine abgerundete Darstellung des Vereinslebens der Jugend bieten kann. Klar ersichtlich ist aber, daß die vom sozialistischen Geist erfaßte Jugend höchstens ein Viertel der Gesamtzahl ausmacht.

Wenn wir aber gründlich zu der Frage Arbeitersport und Lebensübungen Stellung nehmen sollen, so ist zuvor eine grundsätzliche Klärung der Begriffe erforderlich: Was ist Sport? Darauf gibt es nun viele Antworten. Wir wollen zunächst einmal den Begriff zu klären versuchen, der leider in der Tagesliteratur und

Nehmen wir nun weiter an, daß der Abbau von 47 000 Arbeitern zu hoch geschätzt ist und setzen wir die Zahl 30 000 in unsere Betrachtung, dann ergibt sich eine Ersparnis an Arbeitslohn von über 50 Millionen Mark im Jahre 1926. Das Steigen der Profitrate, erstens durch den englischen Bergarbeiterstreik und zweitens durch die Rationalisierung, zeigt sich mittels der Betrachtung der angeführten Statistiken in aller Deutlichkeit.

Daraus haben die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ihre Schlüsse zu ziehen, nämlich: Alles aufzubieten, was dazu beiträgt, die freien Gewerkschaften schlagkräftig zu machen. Nur die freien Gewerkschaften sind in der Lage, im Kampf zu erreichen, daß die Arbeitnehmer an den Früchten der Rationalisierung teilnehmen können, in der Form einer Arbeitszeitverkürzung und in erhöhten Arbeitslöhnen! —b.

Der Anspruch auf Familienhilfe

Nach § 205b der Reichsversicherungsordnung können die Krankenkassen den nichtversicherten Familienangehörigen ihrer Mitglieder Krankenpflege (freie ärztliche Behandlung und Arznei) gewähren. Ebenso ist die Leistung eines Sterbegeldes beim Tode dieser Familienangehörigen zulässig. Diese Einführung der Familienhilfe ist also in das Belieben der Krankenkassen gestellt, es ist eine sogenannte „Mehrleistung“. Sie ist nicht obligatorisch eingeführt, wie die Leistungen für die Mitglieder. Es haben in den letzten Jahren jedoch die Mehrzahl der Ortskrankenkassen Familienhilfe durch die Bestimmungen ihrer Kassensatzungen eingerichtet. So gewähren beispielsweise von den 66 Ortskrankenkassen, die es im Lande Thüringen gibt, nicht weniger als 60 Kassen den Familienangehörigen ihrer Mitglieder Leistungen in irgendwelcher Form. Mehrlich liegen die Verhältnisse auch in den übrigen Ländern. Dadurch, daß die Schaffung der Familienhilfe in das Belieben der Kassen gestellt ist, und daß dafür keine gesetzlichen Anhaltspunkte, oder wenigstens nur ganz wenige, vorhanden sind, sind die Leistungen dieser Familienhilfe bei den Kassen ganz verschieden. Diese Verschiedenheit der Leistungen ist nicht gerade gut und gibt zu viel Zweifelsfällen und auch Streitfällen Anlaß. Einige sollen deshalb an dieser Stelle besprochen werden.

Anspruch auf Familienhilfe besteht nur bei den Kassen, die sie satzungsgemäß eingeführt haben. Art, Weise und Höhe dieser Leistungen richtet sich ebenfalls nach den jeweils geltenden Satzungen. Einheitlich für alle Kassen ist jedoch die Bestimmung, daß nur diejenigen Familienangehörigen Anspruch haben, die nicht selbst, sei es bei derselben, oder auch bei einer anderen Kasse, gegen Krankheit versichert sind. Verschweigt ein Mitglied, der für seine Angehörigen bei seiner Kasse einen Krankenschein holt, daß die Angehörigen einer anderen Kasse als Mitglieder angehören, so macht es sich des Betruges schuldig und kann von der betreffenden Kasse für die Aufwendungen haftbar gemacht werden. Die Kassen können den Anspruch auf Familienhilfe von dem Nachweis einer bestimmten Mitgliedsdauer abhängig machen. Hat jedoch eine Kasse Familienhilfe eingeführt, so muß sie für alle Mitglieder (Versicherungspflichtige, Freiwillige, Versicherte, Erwerbslose usw.) gewährt

der Tagespresse den größten Umfang annimmt, das ist erstens der Rennsport, Gipfelsport, Berufssport! Wenn man die großen Tageszeitungen zur Hand nimmt (selbst die bedeutendsten, wie „Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“ machen keine Ausnahme), so liest man im „Sport“teil vornehmlich über Auto- und Pferderennen, große Wettveranstaltungen von Berufssportlern und Gipfelleistungen einzelner Amateure (die meist keine Amateure mehr sind!).

Wir bekennen ganz offen, daß wir diese Art Sport als einen der größten Auswüchse unserer Zeit erachten. Sie haben denn auch dazu geführt, daß wir Erscheinungen wie das Sechstagerennen alljährlich in den größeren Städten Deutschlands beschert bekommen, daß der Boxkampf mit „Berufsanonen“ zur Massenverrohung systematisch erzieht, daß die Fußballwettkampfe mit Zehntausenden und mehr Zuschauern nur zu oft gleichfalls auf das bloße passive Sportansehen und Wetten eingestellt sind. Die Wettleidenschaft ist das Charakteristikum dieser ganzen „Sport“betätigung. Nicht nur die Gewerkschaften und Sozialisten, sondern jeder sozial Gesinnte muß diese Art Sport bekämpfen. Daß ein Teil der Arbeiterpresse sich für verpflichtet hält, ohne besondere Kritik die Resultate solcher Wettrennen oder Gipfelleistungen zu veröffentlichen, erscheint uns gleichfalls völlig verfehlt!

Ein planmäßiger Kampf dagegen würde aber wenig nützen (ebensowenig, wie etwa das Schmutz- und Schundgesetz uns zu

werden. Ausnahmen und Bevorzugungen einer bestimmten Mitgliederart sind unzulässig. Auch darf die Gewährung der Familienhilfe nicht von der Beitragszahlung nach einer bestimmten Lohn- oder Beitragsklasse abhängig gemacht werden. Zulässig ist es jedoch, bei den Kindern ein bestimmtes Alter festzulegen, bis zu welchem ein Anspruch besteht. Da die Familienhilfe nur den Angehörigen der Versicherten zusteht, so erlischt der Anspruch mit dem Tode, an welchem das Mitglied aus der Kasse ausscheidet. Einen Anspruch an die Kasse nach dem Ende der Versicherungszeit, wie ihn zum Beispiel die Versicherten stellen können, gibt es für die Leistungen der Familienhilfe nicht. Die Familienhilfe wird nur für eine bestimmte Dauer für ein und dieselbe Krankheit gewährt. Diese Dauer (meist dreizehn Wochen) ist in der Satzung vorgeschrieben. Es gelten in diesem Punkte die gleichen Vorschriften wie für das Ende der Leistungspflicht bei den Versicherten.

Wichtig und für die Kassenmitglieder beachtenswert ist eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 19. Februar 1925. Diese besagt:

„Ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht dann nicht, wenn der Familienangehörige auf Grund desselben Krankheitsfalles aus eigener Versicherung Kassenleistungen bis zur gesetzlichen Höhe oder satzungsgemäßen Höchstdauer erhalten hat.“

Diese Entscheidung ist so aufzufassen, daß ein Familienangehöriger, der selbst Mitglied einer Kasse und von dieser wegen eines bestimmten Leidens „ausgesteuert“ ist, für dasselbe Leiden keinen weiteren Anspruch auf Leistungen aus der Familienhilfe hat. Ob dieser Anspruch an dieselbe Kasse, oder an eine andere Kasse, bei der der Ernährer versichert ist, bestehen würde, spielt dabei keine Rolle. Diese Entscheidung bringt zwar für die Versicherten in einzelnen Fällen Härten, sie ist jedoch für diejenigen Kassen als Schutz geschaffen worden, welche Familienhilfe eingeführt haben, im Gegensatz zu denen, die diese Mehrleistung nicht haben. Eine andere Streitfrage ist die, welche Kasse Familienhilfe leisten muß, wenn die Ernährer (Vater oder Mutter) eines Kindes verschiedenen Krankenkassen angehören. Hierbei sei einzuschalten, daß die meisten Kassen nur denjenigen Familienangehörigen Familienhilfe gewähren, die von dem Versicherten unterhalten werden. Gehört nun der Vater des Kindes einer Ortskrankenkasse an, die Mutter jedoch einer Betriebskrankenkasse, welche hat dann gegebenenfalls Familienhilfe zu gewähren? Voraussetzung ist natürlich, daß überhaupt beide Kassen diese Leistung eingeführt haben. Diese Frage ist in dem Sinne zu entscheiden, daß die Kasse eintreten muß, welcher der „überwiegende“ Ernährer (wohl meist der Vater) angehört.

Es ist deshalb allen Versicherten nicht dringend genug zu raten, sich vor der Inanspruchnahme der Familienhilfe genau bei der zuständigen Krankenkasse zu erkundigen. Sie bewahren sich dadurch vor Schaden, da bei falscher oder auch fahrlässiger Inanspruchnahme die Kasse den Urheber haftbar machen kann.

Die freien Gewerkschaften fordern im Verein mit den politischen Arbeiterparteien schon seit Jahren die Einführung der Familienhilfe für alle Kassen obligatorisch durch eine Aenderung der Reichsversicherungsordnung. Die Mehrzahl der Kassen schließt sich diesen Wünschen ihrer Mitglieder an. (Haben sie ja schon zum größten

Teil diese Leistungen freiwillig eingeführt.) Die gesetzmäßige Einrichtung der Familienhilfe scheiterte leider bis heute an der Haltung der Rechtsparteien. Vor allen Dingen sind die Kassenärzte diejenigen, die die Einführung dieses Versicherungszweiges zu verhindern versuchen. Sie befürchten dadurch eine Verminderung ihrer Einnahmequellen, obgleich das Gegenteil der Fall ist. Es ist zu wünschen, nicht nur im Interesse der Kassenmitglieder, sondern auch mit Hinsicht auf den allgemeinen Stand der Volksgesundheit, daß durch die jetzt kommenden Reichstagsberatungen über die reichsgesetzliche Krankenversicherung den berechtigten Wünschen der Versicherten Rechnung getragen und die Familienhilfe obligatorisch eingeführt wird. Wenn dann diejenigen Zwergkassen (Innungs- und Betriebskrankenkassen), die durch diese Einrichtung gefährdet werden, nicht mehr leistungsfähig sind, dann mögen sie eben aufgelöst und mit den bestehenden größeren und großen Kassengebilden verschmolzen werden. Ein Nachteil entsteht der deutschen Krankenversicherung dadurch auf keinen Fall.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß diese Familienhilfe nicht mit der sogenannten „Familienwochenhilfe“ verwechselt werden darf, die heute schon obligatorisch eingeführt ist, und zu deren Leistung alle bestehenden reichsgesetzlichen Krankenkassen verpflichtet sind.

kl—s.

Die kapitalistische Unternehmung

Noch zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts war Deutschland vorwiegend Agrarstaat, 75 Proz. der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft tätig, während die übrige Bevölkerung teils als Handwerker, teils als Staatsbediente in den Städten lebte. Mit der Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen änderte sich bald das ganze Wirtschaftsleben. Schon längst hatten die Lehren des Liberalismus in Deutschland Fuß gefaßt; die Beseitigung der Gebundenheit der Person, freie Entfaltung des Individuums waren jetzt die Losung. Gleichzeitig wurde der Ruf nach einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet laut; das ja dann nach 1830 unter der Führung des Deutschen Zollvereins zustandekam.

Das Handwerk, welches bisher das herrschende Betriebssystem war, sah sich plötzlich gezwungen, den Konkurrenzkampf mit dem kapitalistischen Fabrikssystem aufzunehmen. Die Handwerksmeister, die ja nur Kundenproduktion ausführten, also nur auf Bestellung arbeiteten, wurden zum Teil gezwungen, für große Erwerbswirtschaften zu arbeiten, indem sie Rohmaterial erhielten und das Produkt dann abliefern, sie gerieten somit schon in den Dienst der kapitalistischen Unternehmung. Andere Meister zogen es vor, neben ihrem Gewerbe noch ein Ladengeschäft zu betreiben, wie ja überhaupt das Ladengeschäft eine Zufluchtsstätte des Handwerks wurde. Gegenüber dem Fortschritte der Technik und der billigen Produktion des Großbetriebes mußte das Handwerk unterliegen, nachdem es durch die Wandlung in den Absatzverhältnissen und der wachsenden Bevölkerung keineswegs mehr in der Lage gewesen wäre, die Nachfrage nach Bedürfnissen mit seiner Betriebsform zu erfüllen. So formte sich im Kampfe mit dem Handwerk die kapitalistische Unternehmung heraus. Auch gesellschaftlich trat eine Umschichtung ein.

besserer Literatur verhilft). Wir müssen den Kampf aufnehmen durch positive Maßnahmen, und das ist zweitens der Arbeitersport. Hier liegt ein regelrechtes Programm vor zur Massenarbeit. Der Arbeitersport — und das hastet ihm natürlich auch heute noch stark an — ist entstanden im Kampfe mit dem vorbezeichneten bürgerlichen Gipselsport mit Polizei- und Regierungsgewalt. Daß heute eine wesentlich andere Luft weht, ist zahlreichen Arbeitersportlern noch nicht klar zur Erkenntnis gekommen. Daraus erklären sich zahlreiche Mängel des Arbeitersportes, auf die wir noch zurückkommen müssen. Es sei aber nur angedeutet, daß der Arbeitersport, insbesondere die Leichtathletik, rhythmische Gymnastik, das Turnen, Wandern und Schwimmen pflegt, daß in den letzten Jahren auch große Skiwanderfahrten von Naturfreunden und Arbeiterwintersportgemeinschaften eingerichtet sind, und daß wir dank dem Arbeiter-Turn- und -Sport-Bund mit seiner vorzüglichen Bundeschule in Leipzig eine systematische planmäßige Schulung im Geiste unserer Weltanschauung haben, die zu unterstützender Aufgabe aller Gewerkschaftsmitglieder sein soll. Das Wesen des Arbeitersports aber, und wir müssen, wenn wir gerecht sein wollen, anerkennen, daß das in weiten Kreisen des bürgerlichen Sports bereits auch gründlich anerkannt wird, ist der aktive Sport, d. h. jedes Mitglied einer Sportgemeinschaft irgendeiner Art soll sich nicht etwa nur durch Mitgliedsbeiträge oder durch passive Vermehrung der Zuschauermenge beteiligen, sondern es soll aktiv in irgendeiner Sportart, die ihm besonders liegt, tätig sein.

Vor kurzem zeigten wir in einer Artikelserie an Hand der Jodelmusik auf, wie das aktive Singen und Musizieren wieder zum inneren Erleben der Musik führt, und daß auch bei den großen klassischen Konzerten der Berufskünstler ein ganz anderes Verständnis dem Hörer gegeben ist, wenn er selber im bescheidenen Rahmen seines Könnens irgendwie musiziert.

Ganz ähnlich liegt es beim Sport. Wir können auch die großen Leistungen auf sportlichem Gebiet nicht in Bausch und Bogen ablehnen. Aber unsere Bewunderung ist doch mehr artistischer Art. Für die Arbeiter kommt fast ausschließlich die Massenvorführung in Frage. Wenn wir an das wohlgelungene Arbeiterturnfest in Leipzig oder an die Arbeiter-Olympia in Frankfurt a. M. denken, so ist damit der Beweis erbracht, daß die Arbeiterkraft auf dem Gebiete etwas Vorbildliches leistet.

Auch international bedeuten diese großen Sportveranstaltungen und Feste der Arbeiterkraft kulturell unvergleichlich mehr im Sinne der Völkerverständigung und -verständnis, als etwa die Leistungen einzelner deutschamerikanischer Kanalschwimmer, Wasserspringer, Fußballer usw., wobei wir allerdings in unserem Urteil uns wesentlich unterscheiden von manchem deutschen Großstadtbürgermeister. Sie finden keine Zeit, bei diesen Arbeiterveranstaltungen zu erscheinen, wohl aber empfangen sie die großen internationalen „Sportkanonen“ beinahe ebenso feierlich in den Rathäusern, wie das früher S. M. mit den fremden Potentaten getan hat. edi.

Neben den feudalen Ständen und dem absterbenden Zunft Handwerk trat jetzt das revolutionäre Bürgertum als l'état tiers, als dritter Stand in die Geschäfte ein, um in zähem Kampfe den Staat und die Gesellschaft zu Dienern seiner kapitalistischen Weltanschauung zu machen.

Aus verschiedenen Quellen floß das notwendige Kapital für den Aufbau der Unternehmungen in die kapitalistische Wirtschaft ein, um ihren Siegeslauf zu beginnen. Durch höheren Fleiß und größere Sparsamkeit sowie besondere Begabung war es einzelnen Handwerksmeistern möglich, ihren Betrieb den neuen Verhältnissen anzupassen. Leute, die aus Handels- und Wuchergewinn schon seit dem Mittelalter Kapital angehäuft hatten, verwendeten dieses nunmehr für industrielle Unternehmungen, oder gründeten auch Bankhäuser wie die Rothschilds in Frankfurt a. M., um Geld gegen Zinsen auszuleihen. Auch die akkumulierte Grundrente, welche im Besitz der feudalen Stände war, floß dem Kapitalismus zu. So erklärt es sich auch, daß weitsichtige Adelsfamilien, wie die Fürsten Pleß und Donnersmark in Schlessien Mitbegründer von industriellen Unternehmungen wurden. Fernerhin floß viel Kapital in das Inland durch brutale Ausplünderung von Kolonien verbunden mit umfangreichem Sklavenhandel als billige Arbeitskräfte. England verdankt vor allem die rasche Entfaltung seines Kapitalismus dem Reichtum seiner Kolonien.

Das Betriebssystem der Fabrik mit seinen modernen Maschinen steht im schroffen Gegensatz zur einstigen Hauswirtschaft und dem Handwerk. In der Entwicklung der tauschwirtschaftlichen Produktion treten zwei Perioden stark hervor. In der ersten Phase, beim Lohnwerk und dem Handwerk erfolgte die Produktion erst auf Bestellung, es bestellte der, welcher auch das Produkt dann bestimmt konsumierte. In der kapitalistischen Tauschwirtschaft arbeitet der Produzent auf Vorrat, ohne Aufträge, er arbeitet für den offenen Markt; dem Kennzeichen der kapitalistischen Unternehmung. In der Produktion auf Vorrat liegt aber zugleich das bekannte Risikomoment des Unternehmens. Bei der Marktproduktion besteht ja die Möglichkeit, daß das Produkt keinen Absatz findet. Bei Nichtabsatz riskiert eine Unternehmung das in den Waren und in den Produktionsmitteln gesteckte Kapital, dieses Kapitalrisiko ist das charakteristischste der Unternehmung im wirtschaftlichen Sinn. Der Unternehmer kauft Rohstoffe, Maschinen, weiß aber noch nicht, ob er das Fertigfabrikat absetzen kann. Aus diesem tauschwirtschaftlichen Merkmal der Unternehmung entstanden die großen Wirtschaftskrisen, wächst der Konkurrenzkampf der Industrie untereinander hervor, um schließlich sich im heutigen Monopolkapitalismus noch den letzten Absatzmarkt der Welt zu erobern. Produzent und Konsument sind in dem Kapitalismus vollständig getrennt, der Handel ist als bedeutender Wirtschaftsfaktor zwischen den beiden getreten, da vielfach entfaltet der Handel erst kapitalistische Unternehmungen. Bei den Handelsunternehmen liegt der Schwerpunkt des Risikos bei den auf Vorrat gekauften Waren, die für den Konsumenten zum Verkaufe bereitgehalten werden; bei den Produktionsunternehmen dagegen liegt das Risikomoment bei den Gebäuden und Maschinen, bei den Produktionsmitteln, eben in dem festgelegten Kapital.

In den industriellen Unternehmungen selbst wurde bald eine nach rationalen Gesichtspunkten gegliederte Arbeitsteilung durchgeführt, die Maschinen mehr und mehr verbessert, um dadurch die Produktion zu steigern, das einzelne Produkt zu verbilligen und den Absatz zu heben. Ein weiteres Gefahrenmoment liegt in der vielfältigen Spezialisierung der Unternehmungen. So ist es z. B. oft fraglich, ob die Fasson bestimmter Hüte beim Aufkommen einer anderen Mode nicht schon Ladenhüter sind, das Unternehmen wird dann einen Rückschlag erleiden, wenn es nur diese Art von Hüten hergestellt hat. Die Preisbestimmung des Produktes liegt heute fast ganz beim Handel, der ja den Absatzmarkt gut übersehen kann.

Die Arten der kapitalistischen Unternehmungen können verschieden sein. So ist die Unternehmung zur Erzeugung von Sachgütern und Waren aller Art die fabrikmäßige Unternehmung; die Betriebe, welche die Uebermittlung von Waren, Austausch und Transport von Gütern übernehmen, sind die Handelsunternehmungen und die Unternehmungen zum Zwecke der Kreditgewährung, Kreditbeschaffung und Regelung der finanziellen Angelegenheiten die Bankunternehmung; Erwerbsunternehmungen einerseits und reine Kapitalunternehmungen andererseits. Ist das Kapital das Fundament der Unternehmung, so halten Verträge und Abschlüsse die Unternehmung im Gange. Verträge von Kauf und Verkauf, Leistung und Gegenleistung, worunter auch der Arbeitsvertrag gehört, Abschlußverträge über Lieferung und Ausführung, gegenseitiges Kreditieren von Verpflichtungen, alles das sind Merkmale der Unternehmung. Doch nach allen Verträgen und Abschlüssen muß ein

Ueberschuß im Unternehmen verbleiben, denn dieses ist der Sinn des ganzen Unternehmens, die Frucht des Risikos, daß ein Gewinn bleibt. Dieser Gewinn muß so hoch sein, daß nach Abzug aller Unkosten für Rohmaterialien, Arbeitslöhne usw. sich sowohl das investierte Kapital gut verzinst, als auch eine ansehnliche Risikoprämie und reichliche Entschädigung für persönliche Leistung vorhanden ist. Es würde niemand ein Unternehmen betreiben, wenn dieses nur soviel Ertrag bringen würde, als er auch für Verleihung seines Kapitals ohne jegliche Gefahr Zins erhalten würde.

An der Spitze der Unternehmung steht der lebendige Mensch als Triebkraft, mit seinem Willen und seinem Streben, aber auch mit seinem Drange zu herrschen und andere zu unterdrücken. War es in den ersten Epochen des Kapitalismus vielfach der Staat selbst, welcher die Wirtschaft anregte und förderte, so sind in der modernen kapitalistischen Unternehmung der Unternehmer oder seine Beauftragten die Organisatoren der Wirtschaft geworden, sie sind die schöpferische Kraft. Der Unternehmer versucht Arbeit und Kapital zu vereinigen, bestimmt Richtung und Umfang der Produktion, trägt aber auch allein alle Verlust- und Gewinnchancen. Nur wenige waren es, die die geänderten Verhältnisse erkannten und sich einsetzten für den Kapitalismus. Aber diese wenigen setzten sich auch restlos durch und beherrschten bald das ganze Wirtschaftsleben; waren die Revolutionäre des Kapitalismus. Aus kleinen Verhältnissen stammten vielfach die Begründer der großen Unternehmungen; so war Kirdorff Handlungsangestellter, Werner Siemens Artillerie-Leutnant, Emil Rathenau einfacher Ingenieur und der alte Bosch ein Bauernsohn. Alle durchdrungen von fühler rationaler Ueberlegung und leidenschaftlichem Unendlichkeitsdrang. Mit der wuchtigen Ausbreitung der Unternehmungen machte sich bald die Tendenz bemerkbar, von der Einzelunternehmung zur gesellschaftlichen Unternehmung überzugehen, da es mehr und mehr einer einzelnen Person schwerer wurde das Ganze voll zu überschauen. Man wählte mit Vorliebe die Form der Aktiengesellschaft, und der einstige Inhaber wurde neben anderen leitenden Personen der sog. Generaldirektor. Die technische und kaufmännische Leitung werden besonderen Spezialisten übertragen. So verrichten die vielseitige Arbeit, der einst alle Funktionen in sich vereinigenden Unternehmers, jetzt für die einzelne Funktion speziell vorgebildete leitende Angestellte. So ist der Beherrscher der Produktionsmittel und der Produktion ein anderer als der, welcher die Produktion leitet. Wohl werden durch diesen Prozeß die Beherrscher der Produktionsmittel geringer, nicht aber die Leiter. Die Form der Aktiengesellschaft brachte es mit sich, daß eine einzelne Person durch Kauf vieler Aktien zum Beherrscher großer Unternehmungen werden kann, ohne mit der Leitung des Unternehmens in Beziehung zu stehen.

Drei Unternehmertypen treten im Kapitalismus deutlich hervor. Erstens der Urtyp des Unternehmers, der branchengebundene Fachmann, der auf die Organisation des Werkbetriebes sein Augenmerk richtet und für technische Bervollkommnung des Betriebes ist. Er lenkt sein Interesse auf den Arbeitsmarkt, versucht rationell zu arbeiten und kombiniert oft eine eigene Erfindung mit seinem Unternehmen. In der Gegenwart dürfte Henry Ford der markanteste Vertreter dieses Industrieunternehmers sein. Dann der Kaufmann, der vom Marktbedürfnis ausgeht und nur solche Waren herstellt, die er für absetzbar hält, er schafft oft durch Neklame neue Bedürfnisse, der Warenmarkt ist sein Tätigkeitsfeld, die Absatzorganisation seine eigentliche Schöpfung. Nun noch der Finanzmann, der vom Kapitalbedürfnis sich leiten läßt. Er beherrscht vorwiegend den Kapitalmarkt, schlägt die Brücke von der Industrie zum Handel, leitet und finanziert den Aufbau neuer Unternehmungen und ermöglicht durch seine Kredite, daß in den Krisenzeiten sich bedrängte Industrien halten können.

Erwerbstreben und Machttrieb vereinigen sich im modernen Unternehmer. Heute ist die Welt in Absatzmärkten längst aufgeteilt, der einstige Konkurrenzkapitalismus ist in der Gegenwart in seiner Form als Monopolkapitalismus imperialistisch geworden. Die kapitalistische Unternehmung formte man dermaßen, um mit ihrer Hilfe sich durchzusetzen. Die Unternehmung ist heute ein kunstvolles Zweckgebilde. In der Firma wurde die Unternehmung zur Rechtseinheit und in der wissenschaftlichen Buchführung zur Rechnungseinheit, sie zwingt den lebendigen Menschen in seinen Bann und macht ihn sich untertan. Die Unternehmung hat ein einziges, ganz bestimmtes Ziel, nur den Gewinn, alle anderen Motive wie Machtstreben, Ehrgeiz und Pflichtbewußtsein unterordnen sich dem Gewinnstreben, erfolgreiches Wirken der kapitalistischen Unternehmung ist deshalb nur die Gewinnerzielung. Dazu bildeten sich feste Geschäftsmethoden heraus, vom Direktor bis zum Laufburschen vollzieht sich alles wohlgeordnet und organisiert. Die ganze Wirtschaft

leitet sich heute ab von der Verfachlichung des kapitalistischen Geistes. Der wirtschaftende Mensch sieht die ganze Welt nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus, er selbst drängt rein menschliche Regungen und Empfindungen in seinem Geistesleben zurück, seine Liebe gehört dem Unternehmen, dem Werke.

Heute hat überall in der Welt die kapitalistische Wirtschaftsweise Fuß gefaßt. Mag es nunmehr in Europa, Amerika oder Asien sein, die Methoden der Unternehmung sind die gleichen. Machtstreben und Gewinnerzielung bei allen Unternehmungen, unter Anwendung aller erdenklichen Mittel zur Schädigung der Millionen von Konsumenten und Millionen von Arbeitern in den Betrieben. Denn nur so ist Gewinn möglich, daß die Unternehmung sich das aneignet, was sie den Konsumenten durch Zahlung hoher Preise und den Arbeitenden durch Nichtgewährung des vollen Arbeitsertrages infolge ihrer wirtschaftlichen Macht zwangsweise entzieht. Noch steht heute die kapitalistische Unternehmung fest da, noch beherrscht in Westeuropa und Nordamerika der kapitalistische Unternehmer Wirtschaft und Gesellschaft, doch wird dennoch der Kapitalismus nachdem seine Form nicht mehr halten können und einer nach den Gesetzen des Gemeinwohls organisierten Wirtschaft Platz machen müssen. **Andreas Mörlin.**

Aus Politik und Volkswirtschaft

Fünfzehn Jahre Rückschritt. Der Bürgerblock von heute steht seinem Vorgänger, dem schwarzblauen Block von vor mehr als fünfzehn Jahren, um nichts nach. Das hat die dritte Beratung des Etats im Reichstag in der ersten Aprilwoche klar und deutlich bewiesen. Damals Ablehnung aller Sozial- und Kulturpolitik und Begünstigung kulturwidriger und reaktionärer Maßnahmen, diesmal Abstrich an den Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge, Ablehnung einer Gehaltsaufbesserung der Beamten, Ablehnung von Mitteln für das Hygienemuseum in Dresden und solchen, die den Junglehrern zugute kommen sollten, von der skandalösen Behandlung der Arbeitszeifrage gar nicht zu reden. Dafür Mehrbewilligung der Reichswehr, deren Etat bereits 700 Millionen übersteigt, Neueinsetzung der Mittel für das Weiterbestehen der **Technischen Nothilfe** Antündigung weitererollerhöhungen auf Lebensmittel und was deraelichen antisoziale Maßnahmen noch mehr sind. — Der sozialdemokratische Abgeordnete **Brey** (Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes) mußte berichten, daß der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags beantragt, alle sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfürsorge für erledigt zu erklären. Als Redner der SPD-Fraktion verlangte er dann,

daß rechtzeitig für die Fürsorge der ausgesteuerten Erwerbslosen gesorgt werden soll. Es mache sich aber in bestimmten Kreisen das Bestreben bemerkbar, gewisse Berufe, wie besonders das Baugewerbe, die Gärtnerei usw., von der Verlängerung der Unterstützungsdauer auszunehmen. Auch das Arbeitsministerium wolle auf diesem Wege vorgehen. Die Sozialdemokratie fordert demgegenüber für den Fall, daß bei bestimmten Berufen oder Betrieben die Bezugsdauer begrenzt werden sollte, sie in die Krisenfürsorge zu übernehmen. Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß den Erwerbslosen die Mieterhöhung erstattet und daß das durch eine entsprechende Verordnung als Rechtsanspruch anerkannt wird. Die Kaufkraft der jetzigen Unterstützungssätze ist so gering, daß sie nicht einmal zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse ausreicht. Nicht einmal die Mittel für Fleisch, Milch, Zucker bleiben nach einer Aufstellung, die der Redner verliest, für die Erwerbslosen übrig. — Der Ausschußantrag wird hierauf von der Regierungspartei angenommen. Der vom Abg. **Brey** begründete Antrag wird abgelehnt.

In einer groß angelegten Rede ging dann Abg. Dr. **Hilferding** (Soz.) mit dem Bürgerblock ins Gericht. Aus dem sozialpolitischen Teil seiner Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Sie haben 50 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen und erklären, daß die 100 Millionen des außerordentlichen Etats zusammen mit den Resten vom Vorjahr für die Arbeitsbeschaffung genügen. Diese Reste beweisen, daß trotz der schweren Krise nicht einmal die bewilligten Mittel genügend ausgenutzt worden sind. Nur weil Sie damit rechnen, daß das jetzige ungenügende Tempo der Arbeitsbeschaffung fortgesetzt wird, nur deshalb können Sie noch 50 Millionen streichen. Und aufs neue belassen Sie die Länder und Gemeinden, die starke soziale Lasten haben, während Sie die agrarischen Provinzen entlasten. In dieser Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit ist es eine menschlich nicht zu verantwortende Grausamkeit, die **Wohnungsmieten heraufzusetzen** Sie haben es getan, ohne dafür zu sorgen, daß die Länder diese Heraussetzung dazu benutzen müssen, um den Wohnungsbau zu fördern. Wir wissen, daß Preußen das in erheblichem Maß tun wird, aber der größte Teil der anderen Länder werden auch die Mieterhöhung für ihre allgemeinen Staatsausgaben benutzen. Wir sehen hier eine antisoziale Tat ohne irgendwelche Kompensation. — Es ist viel zu wenig beachtet worden, daß **Schiele** sich für die Erhöhung der Zölle auf sämtliche landwirtschaftlichen und tierischen Erzeugnisse erklärt hat, auf Fleisch, Milch, Butter und Käse. Statt der Herabsetzung des Zuderzolls sollen auch noch

alle anderen Zölle erhöht werden. Der Mehlsoll ist ganz überraschend und trotz entgegenstehender Regierungserklärungen von 10 auf 11,50 M. erhöht worden, was nur dem Mühlentartell einen Extraprofit bringt. **Schiele** strebt die Erhöhung der Getreidezölle auf 6 M. an. Nicht durch Steigerung der Produktivität, wie wir wollen, sondern durch Erhöhung der Zölle, d. h. durch Extraprofite für die Großagrarien und durch schwerste Beeinträchtigung der Kaufkraft der arbeitenden Massen will man der Landwirtschaft helfen. Ihre Sozialpolitik wird gekennzeichnet durch dieses Arbeitszeitgesetz. Auch die christlichen Gewerkschaften betrachten dieses Gesetz als durchaus ungenügend, und wir bedauern nur, daß aus politischen Gründen, nicht aus sachlichen und gewerkschaftlichen Gründen die christlichen Gewerkschaften ihm zustimmen. Wir bedauern ganz außerordentlich diese Spaltung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, wie sie sonst nirgendwo anzutreffen ist. Sogar Sie (zu den christlichen Gewerkschaftsvertretern) doch, wie die Industriellen ungeachtet aller Gegensätze der religiösen Weltanschauung im klaren Klassenbewußtsein zusammenhalten. Die christlichen Gewerkschaften gehören in eine Front mit den freien Gewerkschaften, und die christlichen Arbeiter müßten sich endlich verbitten, um politischen Gründe willen aus dieser Front herausgerissen zu werden.

Nach einigen anderen Rednern, darunter **Torgler** (Komm.), der auch den reaktionären Charakter des Etats aufzeigte, und **Sollmann** (Soz.), der die sonderbare Kulturpolitik des Bürgerblocks geißelte, wendete sich Abg. **Schmidt-Röpenick** (Vorsitzender des Landarbeiterverbandes) gegen die Verbeibehaltung der **Technischen Nothilfe**, die keinerlei Existenzberechtigung mehr hat:

Herr **Stegerwald** hat gesagt, die Technische Nothilfe habe heute andere Aufgaben zu lösen, weil wir keine Pioniere mehr haben. Für diese Aufgaben haben wir doch auch die Reichswehr, die Feuerwehr, die Abwehrkolonnen gegen Hochwasser usw. Man sucht nur noch einen Ausweg, um eine Institution zu erhalten, die gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden kann. Überall wird von den Regierungsparteien gesparrt, aber nicht an dieser Stelle, wo es sich um eine Institution handelt, die der Reaktion dienen soll.

Abg. Frau **Bohm-Schuch** (Soz.) schilderte das ungeheure Elend, das unter den Kindern der ärmsten Bevölkerung herrscht. Trotzdem haben die Regierungsparteien die auf Antrag der Sozialdemokratie im Ausschuß eingelegten 5 Millionen für Kinderpeisungen gestrichen. Erst nachdem sich ein ungeheurer Sturm der Entrüstung im Lande erhoben hat, wurden nachträglich 4 Millionen wieder eingelegt. Es ist eine Schande, daß man bei dieser Gelegenheit um 1 Million handelt und spachert, während für die Reichswehr, für die Technische Nothilfe, für alle anderen Zwecke Geld genug da ist. Die Sozialdemokratie hat nunmehr den Antrag gestellt, den Betrag für Kinderpeisungen wieder auf 5 Millionen zu erhöhen.

Nach Ablehnung der Mittel für die Junglehrer und das Hygienemuseum in Dresden, wurden auf Antrag der Regierungsparteien 50 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen, 25 Millionen für Kleinrentner neu eingelegt. In namentlicher Abstimmung wurde die beantragte Erhöhung des Betrages für Kinderpeisungen von 4 auf 5 Millionen Mark mit 218 gegen 170 Stimmen **abgelehnt**. Eine Entschließung der SPD., die verlangt, 150 Millionen zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten einzusetzen, wurde mit 211 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

Abg. **Sepel** (Soz.) begründete dann einen Antrag, den **Reichsbeamten der Gruppen 1 bis 7 monatlich 15 M.**, den **Wartgeldempfängern der Gruppen 1 bis 7 monatlich 10 M.** und den entsprechenden Pensionären, Witwen und Waisen monatlich 5 M. als **Beschlagszahlung** auf die bevorstehende Neuregelung der Besoldung zu gewähren. Durch diesen Antrag solle Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Neuregelung der Besoldungsreform noch vor der Sommerpause erledigt wird. Auf keinen Fall dürfe diese Frage wiederum verschleppt werden. Im Dezember vorigen Jahres habe der damalige Reichsfinanzminister zugesagt, daß die Besoldungsreform im Frühjahr kommen solle. Nur unter dieser Bedingung habe die Sozialdemokratie damals den einmaligen Beihilfen zugestimmt. Auf keinen Fall dürfen die Beamten jetzt noch bis zum Winter auf die Neuregelung ihrer Bezüge warten.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Hierauf gab Abg. **Müller-Franken** (Soz.) im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Der Reichshaushaltsplan für 1927 ist nicht geeignet, die soziale Notlage großer Volksteile zu lindern. Obwohl äußerlich ins Gleichgewicht gebracht, enthält er in Wirklichkeit einen Fehlbetrag. Die Heranziehung der letzten Reserven früherer Jahre reicht nicht aus, um mit Sicherheit zu erwarten, neue Ausgaben zu finanzieren. Daher fehlen Mittel für eine Erhöhung der ungenügenden Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Beamten sowie für die endgültige Regelung der Ansprüche der Liquidationsgeschädigten. Das ist der Beginn einer unsoliden Finanzwirtschaft, die innen- und außenpolitisch höchst bedenklich ist. Ersparnisse sind nur bei den sozialen Ausgaben vorgenommen worden. Aber es ist nicht gelungen, die unerträglich hohen Kosten von 700 Millionen für militärische Zwecke zu vermindern. Im Gegensatz dazu werden die Kulturausgaben vernachlässigt. Die Neuregelung des Finanzausgleichs erfolgte ohne Rücksicht auf die Gesamtbedürfnisse des Reiches. Sie ist zu einer Förderung des Partikularismus benutzt worden und belastet den Reichsetat durch den Sonderfinanzausgleich für Bayern mit einer dauernden Rente für die Kleinrentner. Die seit einem Jahre versprochene Senkung der Zuder-

steuer, die einzige in Aussicht gestellte Milderung der Belastung des unentbehrlichen Verbrauchs, soll unterbleiben. Aber während die Länder durch das Reich gezwungen werden, die Realsteuern abzubauen, müssen sie die Einkommensteuer erhöhen. Die soziale Fürsorge, das wichtigste Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, ist trotz einiger Fortschritte unzulänglich. Eine Erhöhung der Ueberschlagungsätze für Erwerbslose ist trotz der steigenden Mietaufwendungen abgelehnt worden. Die Mittel für Arbeitsbeschaffung wurden sogar um 50 Millionen Mark gekürzt. Die Rotregulierung der Arbeitszeit bringt keine Beseitigung des Ueberstundenunwesens und keine Entlastung des Arbeitsmarktes. Sie entspricht daher nicht den übereinstimmenden Forderungen aller Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Die Lebenshaltung der Verbraucher wird durch eine Hochschußpolitik auf das ernsthafteste bedroht. Die vorübergehende Aufhebung des Roggenzolls, die Voraussetzung für die Senkung des Vorkaufspreises, wurde abgelehnt. Dagegen ist der Zoll auf Mehl plötzlich erhöht worden. Angekündigt ist die Erhöhung des Zolls auf Zucker und auf alle tierische Erzeugnisse, Fleisch, Milch, Fett usw., die unentbehrliche Bedarfsgegenstände der breiten Massen des Volkes sind. Durch eine auch auf hohe Industriezölle gerichtete Handelspolitik wird die Aufrechterhaltung der hohen Preise für deutsche Erzeugnisse gefördert. Aus diesen Gründen lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Gesamtat ab.

Der Etat wurde dann von den bürgerlichen Parteien angenommen.

Reichs- und Staatsarbeiter

Bei den Wahlen zum Hauptbetriebsrat im Bereiche des Preussischen Finanzministeriums und Ministerium des Innern wurden insgesamt 12 080 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten: Liste I (freigewerkschaftlich): 9140 Stimmen; Liste II (Regierung Minder): 196 Stimmen; Liste III (christliche Liste): 1280 Stimmen; Liste IV (GdA.): 1165 Stimmen. Von den elf Sitzen des Hauptbetriebsrats erhalten demnach die freien Gewerkschaften (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Butab und ZbA.) neun Sitze, die Christen und der Gewerkschaftsbund der Angestellten je einen Sitz.

Schiedspruch für die Arbeiter der Marinewerft Wilhelmshaven und des Marinearsenals in Kiel. Die Schlichtungskammer Bremen fällt in dem Tarif- und Lohnstreit zwischen dem Reichswehrministerium und den in Frage kommenden Gewerkschaften, unter denen sich auch unsere Organisation befindet, am 4. April 1927 folgenden Schiedspruch:

1. Das Zusatzabkommen zum § 2 des Tarifvertrages wird mit Wirkung vom 1. April 1927 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Parteien spätestens im September dieses Jahres Verhandlungen aufnehmen, die eine neue Arbeitszeitregelung zum Ziele haben. — 2. Die zurzeit bestehenden Löhne werden von der zweiten Lohnwoche des Rechnungsjahres 1927 an erhöht: für Gelehrte um 6 Pf., Angelernte um 5 Pf., Ungelernte um 5 Pf., Jugendliche bis 16 Jahren um 2 Pf., Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren um 3 Pf., Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren um 4 Pf., ausgelernte Jugendliche um 5 Pf. pro Stunde. Die Löhne der Wochenlöhner erhöhen sich entsprechend. — Erhöhungsfrist: 11. April 1927, mittags 12 Uhr.

Arbeitszeitverlängerung bei der Reichswasserstraßenverwaltung. Beamte der Reichswasserstraßenverwaltung haben ohne Nachweis der wirtschaftlichen Notwendigkeit und ohne Anhörung der Arbeitervertretung eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit angeordnet. Die Bezirksleitung Nordwest unseres Verbandes verlangt, daß auf allen Arbeitsplätzen der Verlängerung der Arbeitszeit Widerstand geleistet wird. Der Bezirksleitung ist sofort Nachricht zu geben von den Plätzen, wo eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangt wird. Dem von der Wasserstraßenverwaltung provozierten Kampfe wird nicht ausgewichen.

Landstraßenwärter

Hannover. Eine von zirka 200 Kollegen besuchte Versammlung der Landstraßenwärter der Kreise Hannover, Linden, Burgdorf, Springe und Fallingb. tagte am 3. April im Gewerkschaftshause in Hannover. Kollege Mülller erstattete Bericht von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband über: Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit, Bezahlung von Tariflohn bei Beschäftigung von Wärttern auf Gemeindewegen, Gewährung einer Funktionszulage an Wärtter bei Beaufsichtigung von mehreren Personen, Beschaffung von Unterkunftsräumen bei größeren Arbeiten, Lieferung von Schutzkleidung, sowie Erhöhung der Tagelöhne um 80 Pf. in allen Ortsklassen. Obwohl bei den Verhandlungen der Nachweis erbracht wurde, daß auch bei der achtstündigen Arbeitszeit die Belange der Verwaltung voll gewahrt werden, wollte der Arbeitgeberverband vor Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes dieser Frage nicht näher treten. Zu der Beschaffung von Unterkunftsräumen und der Lieferung von Schutzkleidung soll erst eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes Stellung nehmen.

Die Tarifkommission der Arbeitgeber hielt diese selbstverständliche Forderung über die in der Privatindustrie gar kein Streit mehr herrscht, von so einschneidender Bedeutung, daß sie glaubt hierfür die Verantwortung nicht tragen zu können. Heute liegen die Dinge so, daß die Wärtter sich bei größeren Arbeiten auf freier Strecke umziehen müssen, außerdem keinerlei Schutz gegen die Unbilden der Witterung haben. Falls der Wärtter vom Bauamt zur Arbeit auf Gemeindewegen verpflichtet wird, soll künftig das Bauamt für tarifliche Entlohnung Sorge tragen; wenn der Wärtter aber freiwillig derartige Arbeiten übernimmt und hierzu vom Bauamt beurlaubt wird, muß er selbst einen auskömmlichen Lohn mit der Gemeinde vereinbaren. Bei allen Arbeiten, die in Akkord verrichtet werden, und wobei dem einer die Beaufsichtigung übertragen wird, soll dieser ebenfalls Akkordlohn erhalten. Die Lohnverhandlungen am 22. März scheiterten, weil der Arbeitgeberverband auf die berechtigte Forderung gar kein Angebot machte, sondern uns gleich an die Schiedsstelle verwies. Die Bezirksschiedsstelle fällt dann einen Spruch, demzufolge die Löhne der Wärtter in allen Ortsklassen mit Wirkung ab 1. April um 10 Proz. erhöht werden sollen. In der lebhaften Aussprache wurde das ablehnende Verhalten des Arbeitgeberverbandes gegenüber den berechtigten Forderungen allseitig scharf verurteilt und darauf hingewiesen, daß diese Verhandlungen wieder bewiesen haben, daß nur durch eine straffe, alle Wärtter umfassende Organisation das errungen werden kann, was man uns gutwillig nicht geben will.

Nassau a. d. Lahn. Am 6. März waren die Kollegen des Landesbauamtes Diez, Lahn, versammelt, um eine Vorbesprechung über die bevorstehende Betriebsratswahl vorzunehmen. Kollege Bertram berichtete über die Tätigkeit des Betriebsrats im vergangenen Jahre. Alsdann gab Kollege Barth Bericht über die Reichskonferenz in Braunschweig. Da die Kollegen in zweierlei Verbänden organisiert sind, wurde die Frage angeschnitten, welchem Verband innerhalb des Regierungsbezirks Wiesbaden die jetzige Stellung als Begewärtter zu verdanken ist. Die Antwort war allgemein, daß dies nur unserem Verband als Verdienst zukommt.

Aus unserer Bewegung

Lohnbewegung der Gemeindearbeiter in Mitteldeutschland. In der stark besuchten Funktionärerversammlung der Arbeiter aller städtischen Betriebe Magdeburgs am 5. April 1927 wurde Stellung genommen zu dem Lohnverhandlungsergebnis und den Schiedsprüchen für die mitteldeutschen Tarifarbeitnehmer der städtischen Verwaltungen. Kollege Bartisch behandelte eingehend die Forderungen und Verhandlungspunkte. Trotz eingehender mündlicher und schriftlicher Begründung durch den Kollegen Wachtendorf war der Arbeitgeberverband nicht zu überzeugen, daß eine wesentliche Verbesserung der seit 1½ Jahren bestehenden unzureichenden Löhne erforderlich sei. Die Art, wie die einzelnen Punkte von dem Arbeitgeberverband behandelt wurden, war geradezu empörend und herausfordernd. Die Friedensmiesätze und die Art des Ausgleichs wurden von den Arbeitgebern in einer Art behandelt, die zu einer scharfen Kritik herausforderte. Die ungeheure Mehrbelastung der Arbeiterschaft durch Ausgaben in den letzten 1½ Jahren wollte der Arbeitgeberverband an der Spitze des Lohnarbeitsvertrages um 3 Pf. und ab 1. Oktober 1927 um 1 Pf. abgezogen wissen, während die unteren Gruppen nahezu leer ausgingen. Auch die Aufhebung der unteren Lohnklassen und die Verkleinerung der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitnehmern wurde abgelehnt. Nachdem die Anerkennung der sozialen Not der städtischen Arbeiter durch Verbesserung der unzureichenden Löhne unberücksichtigt blieb, wurden die Verhandlungen abgebrochen und das Mitteldeutsche Tarifamt zur Entscheidung angerufen, das folgenden Spruch fällt:

„Der Spitzenlohn wird um 5 Pf. mit Wirkung ab 1. April und ab 1. Oktober d. J. um weitere 2 Pf. erhöht. Hiernach errechnen sich die üblichen Lohnzahlen.“

Ein fast gleichlautender Spruch wurde für die mitteldeutschen Straßenbahner gefällt. — In scharfer aber sachlicher Form nahmen die einzelnen Vertrauensmänner der Betriebe zu dem Bericht Stellung und lehnten einmütig den Schiedspruch als vollkommen ungenügend ab. Die Beschäftigung der Pflicht- bzw. Kostendarbeiter in den städtischen Betrieben muß einer gründlichen Prüfung und Reform durch unseren Verband unterzogen werden. Es wurde die Gaulleitung ersucht, sofort die notwendigen Maßnahmen, die zur Erlangung ausreichender Lohnsätze erforderlich sind, zu treffen. Mit seltener Einmütigkeit wurde ferner beschlossen, sich einem Aufruf der Lohnkommission zu jeder Zeit unterzuordnen. Von der Gaulleitung wurde darauf hingewiesen, daß ein eventueller Streit nicht sofort einsetzen könne, sondern die Verhandlungsmöglichkeiten, die tariflich verankert seien, erschöpft sein müssen. — Am 6. April nahmen auch die Gemeindearbeiter von Halle zu diesem Schiedspruch Stellung. Nach Referaten der Kollegen Flucht und Peter wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, die den Schiedspruch ebenfalls ablehnt und wie die Magdeburger Kollegen bereit sind, in scharfem Kampf für eine zeitgemäße Entlohnung einzutreten.

Barmen. Am 3. und 4. April fanden die Wahlen zum gemeinsamen Betriebsrat der städtischen Betriebe in Barmen statt. Außer unserer Liste und einer der Christen hatten auch Unorganisierte eine solche eingereicht. Letztere sind im Barmer Elektrizitätswerk beschäftigt und zum Teil frühere Anhänger der Freiland-Freigeld-Bewegung. Da sie aber wohl das nutzlose ihrer separatistischen Einstellung eingesehen haben, sind sie auch davon abgeschwenkt. Dafür beschäftigten sich nun einige dieser Fanatiker hauptsächlich damit, nach Kräften die Gewerkschaften zu bekämpfen und Uneinigkeit in die Reihen der städtischen Arbeiter zu treiben. Von diesem arbeiterschädlichen Treiben war auch die Aufstellung der eigenen Liste diktiert, auf der nur Unorganisierte dieses Werkes kandidierten. Obwohl wir dort etwa 150 Mitglieder haben, können sich die Unorganisierten solche Dinge erlauben, weil sie eine gute Unterfützung an ihrem Meister haben, der Anhänger der Freiwirtschaftslehre ist und alle Unorganisierten mit besonderem Vorzug behandelt. Der Ausfall der Wahl hat aber gezeigt, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist, ein derartiges Treiben mitzumachen. Von 941 abgegebenen Stimmen erhielten: Liste der freien Gewerkschaft 728, Liste der christlichen Gewerkschaft 134, Liste der Unorganisierten 75, ungültig 4. Nach diesem Ergebnis erhalten unsere Kollegen 9 Sitze, die Christen 1 Sitz im Betriebsrat, die Unorganisierten bekommen ein Ergänzungsmittel zum Arbeiterrat. Wenn man Kranke und sonstige Unabkömmliche in Berücksichtigung zieht, ist eine Wahlbeteiligung von 90 Proz. zu verzeichnen. Gute Unterfützung fanden die Unorganisierten allerdings durch einen Artikel der kommunistischen Zeitung, welcher sich mit dem Schiedspruch beschäftigte, der am 24. März in unserer Lohnstreitsache mit dem Arbeitgeberverband gefällt worden war. Dieser Artikel trug in Fettdruck folgende Ueberschriften: „Die Staats- und Gemeindearbeiter betrogen!“ „Gegen die Annahme des Schiedspruchs durch die Verbandsbureauratie.“ Diesen Artikel haben die Vertreter der Liste der Unorganisierten für sich als Agitationsmaterial benutzt und hier und da auch Erfolg damit gehabt. Denn Leute, die nur aus Beitragscheu unorganisiert sind, stürzen sich mit Heißhunger auf alles, was gegen die Gewerkschaften gerichtet ist, ganz gleich, wo es herkommt. Im übrigen können wir mit dem Ausfall der diesjährigen Wahl zufrieden sein. Die städtischen Arbeiter haben in ihrer übergroßen Mehrheit erkannt, daß es nur mit der Gewerkschaft vorwärts gehen kann, und bedauern diejenigen, welche wohl an ihren Früchten teilnehmen, aber nicht säen wollen.

Dortmund. Die Betriebsrätewahlen im Bereich der Filiale Dortmund sind nunmehr abgeschlossen. Insgesamt wurden 91 Betriebsräte gewählt, von denen 77 unserm Verbands angehören, 4 Betriebsräte gehören dem Deutschen Verkehrsband und einer dem Gärtnerverband an, insgesamt 82 freigewerkschaftliche Betriebsräte, denen 6 christliche und 3 Hirsch-Dunkersche Betriebsräte gegenüberstehen. Bei der Stadt Dortmund allein wurden 58 freigewerkschaftliche und nur 3 christliche Betriebsräte gewählt. Die Betriebsräte in den Betrieben der Stadt Hörde bestehen nur aus frei organisierten Kollegen.

Halle a. d. S. Seit dem Jahre 1926 besitzt die Stadt Halle drei Sprengwagen mit Motorantrieb. Da außer dem Wagenführer noch je ein Arbeiter zur Bedienung gebraucht wird, aber trotz der Arbeitslosigkeit nicht genügend Leute bei der städtischen Straßenreinigung eingestellt werden, ist es im Jahre 1926 häufig vorgekommen, daß die Motorsprengwagen täglich bis zu 14 Stunden im Betrieb waren ohne Unterbrechung. Diese lange Arbeitszeit brachte natürlich für die beteiligten Arbeitnehmer Mehreinnahmen, zumal des Sonntags, wo der Zuschlag noch höher ist als für die Wochenüberstunden. An dieser Ueberstundenwirtschaft waren auch manche Kollegen nicht unschuldig. Damit die Ueberstundenschieberei nicht wieder vorkommen sollte, hatte der Betriebsrat den Antrag gestellt, noch mehr Leute zu der Ausbildung für die Bedienung der Autosprengwagen heranzuziehen, damit Arbeitslose eingestellt werden konnten. Als nun der Betriebsrat neugewählt werden sollte und in der Betriebsversammlung zur Betriebsratswahl Stellung genommen wurde, ist auch von keiner Seite an der Tätigkeit des bisherigen Betriebsratsvorsitzenden Kritik geübt worden. Von mehreren Kollegen wurde auch verlangt, daß der Betriebsratsvorsitzende unter allen Umständen wieder als Betriebsratsmitglied gewählt werde, um der Verwaltung jede Handhabe zur Schikanierung der Kollegen zu nehmen. Auch wurde gegen eine verlesene Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl kein Widerspruch erhoben. Trotzdem wurden von den Ueberstundenschiebern, die in der Versammlung nicht wagten, ein Wort zu sagen, sofort die Parole ausgegeben, der Betriebsratsvorsitzende darf nicht wieder gewählt werden. Natürlich griff der Stahlhelm und die ihm anhängenden Konfessionen die Parole sofort auf und reichten auch eine Liste zur Betriebsratswahl ein; zum Glück eine ungültige. Den organisierten Kollegen der Straßenreinigung ist der Rat, für Werbung auch des letzten Mitarbeiters zu sorgen, dringend notwendig, damit es nicht den paar Stahlhelmen gelingt, mit Hilfe der Unorganisierten, eine Werksgemeinschaft zu gründen. Kollegen unterstützen den Betriebsrat, auch wenn ihr einmal nicht mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden seid!

Rundschau

Absoluter Lohn und Reallohn. Das amtliche Organ der Bremer Arbeiterkammer „Wirtschaft und Arbeit“ bringt in Nr. 3, 1927, in einem Bericht für das Jahr 1926 eine Uebersicht über die Lohngestaltung der bremischen Arbeiterschaft. Nach dem Bericht sind die tatsächlichen Wochenverdienste von etwa 14 000 gelernten und etwa 11 000 ungelerten Arbeitern laufend untersucht worden und zur Grundlage der Berechnung der Durchschnittslöhne verwandt worden. Nach dieser amtlichen Feststellung ergibt sich, daß die Reallohne, gemessen am Lebenshaltungsindex gegenüber dem Jahre 1914 noch erheblich zurückstehen. So wenig wir Anlaß haben, den Lebenshaltungsindex als Maßstab für die Berechnung der Höhe der Reallohne gelten zu lassen, so bietet in diesem Falle dieser für die Arbeitgeber günstige Maßstab ein überaus drastisches Bild des ungünstigen Standes der Reallohne für die Arbeiterschaft Bremens. Es darf angenommen werden, daß in anderen Städten des deutschen Reiches die Dinge ähnlich, womöglich gar noch ungünstiger liegen. Wir geben deshalb die tabellarische Uebersicht der Bremer Arbeiterkammer nachstehend bekannt:

Absoluter Lohn und Reallohn der bremischen Arbeiter im Jahre 1926 im Verhältnis zu 1914.

Monat und Jahr	Durchschnittsverdienst pro Woche für				Bremer Teuerungsinde	Real lohn gemessen am Bremer Teuerungsinde	
	Facharbeiter		ungel. Arbeiter			Facharbeiter	ungel. Arbeiter
	absolut	relativ	absolut	relativ			
1914	37,50	100,0	31,06	100,0	100,0	100,0	
Januar 1926	45,27	120,7	38,14	122,7	137,9	87,5	
Februar	46,31	123,5	38,73	124,7	136,9	90,2	
März	47,37	126,3	38,94	125,4	136,7	92,4	
April	47,38	126,3	39,41	126,9	137,9	91,6	
Mai	47,52	126,7	39,44	127,0	143,1	88,5	
Juni	47,56	126,8	39,42	126,9	141,8	89,4	
Juli	47,61	127,0	39,82	128,2	141,8	89,6	
August	47,61	127,0	39,76	128,0	138,2	91,9	
September	47,71	127,2	39,76	128,0	137,6	92,4	
Oktober	47,75	127,3	40,06	129,0	139,1	91,5	
November	46,98	125,2	39,93	128,6	143,5	87,2	
Dezember	46,25	123,3	39,44	127,0	143,3	86,0	

Ueber die tatsächlichen Lebenshaltungskosten unterrichtet am besten die von der Stadt Hamburg im Jahre 1925 auf Grund von Haushaltsrechnungen vorgenommene Untersuchung der Lebenshaltung minderbemittelter Familien (behandelt in der „Gewerkschaft“ Nr. 50 Jahrg. 1926).

Vergebliche Mühe



Der englische Ministerpräsident Baldwin will mit dem Staubwedel der Trade Union Bill, die den Generalstreik verbietet, den Block der Arbeiter-solidarität zerschlagen. („Star“, London.)